

# BLICKPUNKT BUNDESTAG



Juli 5/2005  
2,00 Euro  
ISSN 14359146  
G10624

[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)



Erinnerungskultur im Bundestag  
Die Gegenwart  
der Vergangenheit



Sonderthema  
Ältestenrat

Aktuell  
Vertrauensfrage



**Titel**  
4 Die Gegenwart der Vergangenheit  
Erinnerungskultur im Bundestag



**Details**  
14 Treppengeflüster



**Aktuell**  
33 Eine Frage des Vertrauens  
Vorzeitige Auflösung des Bundestages

## Essay

3 Nach dem Nein der Franzosen

## Tageslauf

10 Das muss doch zu schaffen sein  
Ina Lenke, FDP

## Inkognito

16 Ein Musterschüler im Aufschwung

## Sonderthema Ältestenrat

18 Arbeiten im Ältestenrat  
Problemlöser hinter den Parlamentskulissen

24 Kopf des Parlaments  
Das Präsidium

26 Funktion und Aufgaben  
Politikmanagement mit Konsensprinzip

28 Geschichte  
Vom Clubgespräch zur Verfassungsfrage

## Debatte

36 Lieber Cabrio statt Kombi?  
Forum: Familie heute

42 Große Worte – kleine Taten?  
Streitgespräch:  
Entwicklungspolitik

## Panorama

45 Die richtigen Lehren  
Begegnungen im Parlamentsviertel

46 Drei Fragen an Abgeordnete  
Petra Selg, Bündnis 90/  
Die Grünen, antwortet

46 Buchtipp  
Von Sibylle Laurischk, FDP

47 Politiker für einen Tag  
Report: Planspiel im Bundestag

48 Braucht man für Geschmack  
ein Gesetz?  
Experten: Dirk Manzewski, SPD

## Nach dem Nein der Franzosen

## ESSAY

Ein Essay von Henri Ménudier

Als die Anfrage kam, ob ich ein Essay über die Europäische Verfassung schreiben wollte, war die Welt noch in Ordnung. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen hatten noch nicht stattgefunden, und es gab noch Hoffnung für das Europareferendum in Frankreich. Seit Ende Mai herrscht Ratlosigkeit. Der Ausgang der Landtagswahlen in Deutschland führte zu einer Regierungskrise im Bund. Und zum ersten Mal hat ein französischer Präsident der Republik ein Europareferendum verloren. Die deutsch-französische Achse scheint gebrochen. Der deutsch-französische Motor auf Regierungsebene hat keinen Sprit mehr – mindestens für ein paar Monate, wenn nicht für längere Zeit. Die massive Bejahung der europäischen Verfassung durch das deutsche Parlament war beeindruckend, die klare Ablehnung des gleichen Textes durch die Mehrheit der Franzosen ist für die Zukunft der EU beängstigend.

Es war nicht selbstverständlich, dass wir in den letzten Jahren den gleichen europäischen Weg gegangen sind. Weil die deutsche Einheit Unsicherheit in Europa gestiftet hatte, haben Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand entscheidende Anstöße für die Zukunft gegeben. So entstand der Vertrag von Maastricht, und die Debatte um die politische Union in Europa wurde wieder aufgenommen. Von großer Bedeutung war die Europarede des Bundesaußenministers Joschka Fischer Mitte Mai 2000 und die Antwort von Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag. Aber erst die Einigung zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder Ende 2002 hat die Differenzen zwischen dem Europa der Regierungen und den Vorstellungen der Föderalisten geebnet. Deutsche und Franzosen haben dem Text der Verfassung ihren Stempel aufgedrückt.

Ist die europäische Verfassung nach dem „Nein“ Frankreichs endgültig gescheitert und schon beerdigt? Natürlich nicht, denn Frankreich allein kann über die Haltung der anderen EU-Mitglieder nicht entscheiden. Es ist aber wahrscheinlich, dass das französische „Nein“ die potenziellen Neinsager in anderen Ländern ermuntern wird. Die Meinungsumfragen haben immer wieder gezeigt, dass die Franzosen auf eine Neuverhandlung setzen. Doch das ist eine große Illusion, denn die Verschiedenartigkeit der Standpunkte der Neinsager schließt eine gemeinsame Verfassungsalternative aus. Und die Staaten, die die Verfassung schon ratifiziert haben, wollen selbstverständlich den Vertrag nicht so schnell ändern.

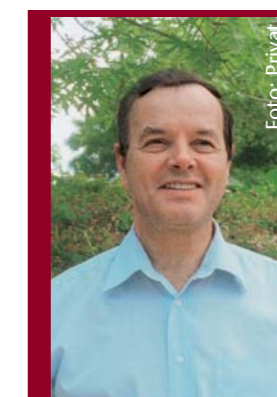
Eine erneute Verhandlung mit 25 Staaten würde bestimmt kein besseres Ergebnis für Frankreich bringen. Könnten eventuell einige Teile der Verfassung in Kraft treten? Die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates für zweieinhalb Jahre? Die Ernennung des europäischen Außenministers mit dem entsprechenden diplomatischen Dienst? Teillösungen, die niemanden zufrieden stellen können. Wir werden Zeit brauchen, um die genauen Motive der französischen Ablehnung zu untersuchen. Denn die EU und die anderen EU-Mitglieder können nicht so tun, als ob am 29. Mai nichts passiert wäre. Die Antworten gehen uns alle an. War nicht der Text der Verfassung zu lang und zu kompliziert? Welche waren die innenpolitischen, die sozialen und die wirtschaftlichen Gründe des Neins? Ist das gleiche Unbehagen in anderen Ländern nicht auch feststellbar?

Themen wie die Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen, die Delokalisierung, das Lohn- und Sozialdumping und ganz allgemein die Folgen der Globalisierung haben die Debatte schwer belastet. Es gab bittere Klagen über den fehlenden Dialog zwischen den Eurokraten und den Politikern einerseits und den Bürgern Europas andererseits. Krise der Politik? Die Frage nach der Maßlosigkeit der Erweiterungspolitik muss auch offen gestellt werden können, ohne gleich der Ausländerfeindlichkeit bezichtigt zu werden.

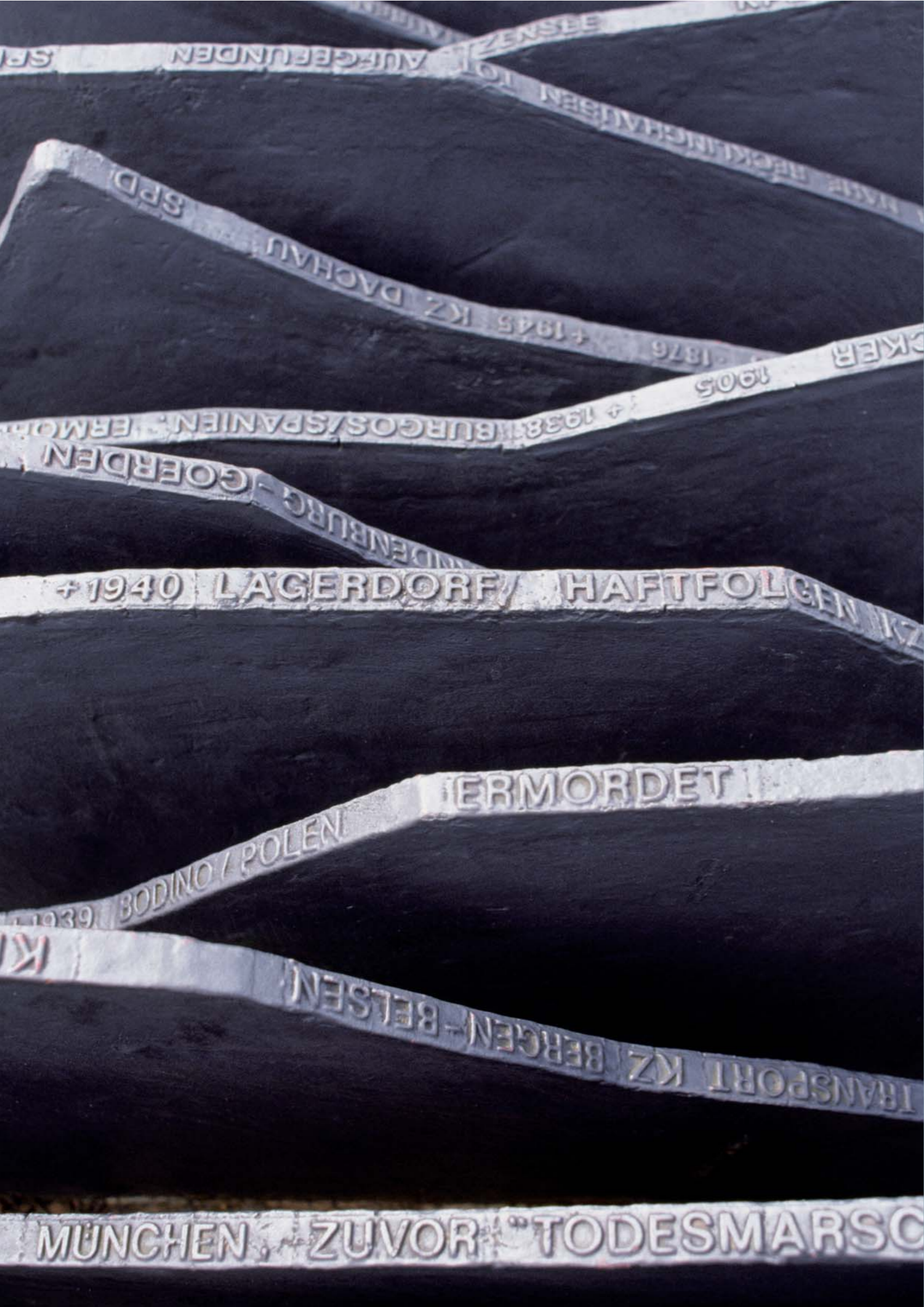
Wir haben ein wirtschaftliches Europa. Weil die EU so groß geworden ist und weil sie eine aktive Rolle in der Weltpolitik wahrnehmen soll, brauchen wir eine starke politische Union mit einem effizienten deutsch-französischen Motor. Europa hat schon viele existentielle Krisen durchgemacht. Aufgeben dürfen wir auf keinen Fall.



Plakate in Frankreich.



**PROF. DR. HENRI MÉNUDIER, Jahrgang 1940, lehrt an der Pariser Sorbonne. Als Experte für Deutschland nach 1945 und für die deutsch-französischen Beziehungen war er Gastprofessor an mehreren deutschen Universitäten. Darüber hinaus ist er unter anderem Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation (BILD) und Herausgeber der französischen Zeitschrift über Deutschland „Documents“.**



Das Holocaust-Mahnmal beschäftigt die Menschen im In- und Ausland. Ein Stelenfeld hält mitten in Berlin, unmittelbar neben dem Parlamentsviertel, das Gedenken an sechs Millionen ermordete Juden wach. Wie geht der Bundestag mit der Vergangenheit um? Immer wieder beschäftigen sich die Abgeordneten als „Forum der Nation“ in Debatten und Gedenkstunden mit dem Geschehenen. Daneben gibt es viele weniger bekannte Orte, Plätze, Werke und Zeugnisse der Vergangenheit im und um den Bundestag – und faszinierende Kunstwerke, die sich mit der deutschen Geschichte und der Rolle des Parlaments auseinandersetzen.

Erinnerungskultur im Bundestag

# Die Gegenwart der Vergangenheit



Reste der Berliner Mauer im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.



Eine Bronzetafel erinnert an die Ausrufung der Republik 1918.



Sonnenkorona über Abgeordnetenbiografien.



„Archiv der Deutschen Abgeordneten“.

Schon die Anordnung der neuen Bauwerke des Bundestages ist eine einzige Antwort des wiedervereinigten Deutschlands auf die Vergangenheit der Hauptstadt. Denn das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus mit dem Anhörsaal und der Bibliothek des Bundestages, das Paul-Löbe-Haus mit Abgeordnetenbüros und Ausschusssälen sowie das Kanzleramt ergeben das „Band des Bundes“, das ganz bewusst eine Ost-West-Achse bildet und die Spree überspringt. Es überwindet damit nicht nur die jahrzehntelange Teilung Deutschlands und Berlins in durch Mauer und Schießbefehl getrennte Staaten, sondern ist auch eine demokratische Antwort auf die gigantomanischen „Germania“-Pläne, die Adolf Hitlers Baumeister Albert Speer in Berlin in Nord-Süd-Ausrichtung verwirklichen wollte.

Im Zentrum dieses Parlamentsviertels finden sich viele Zeugnisse aus jenen Zeiten. Zwischen Brandenburger Tor und Tiergarten können Passanten durch die Pflasterung mitten über die Straße den Verlauf der Mauer verfolgen. Und dieses Bodenband zieht sich an einem kleinen Gedenkhain für die getöteten Flüchtlinge vorbei über den Ebertplatz zur Spree. Kleine Platten mit der Aufschrift „Berliner Mauer 1961–1989“ sind als Erläuterung an

einigen Stellen in den Boden eingelassen. Viele Besucher sind erstaunt darüber, wie nah die Grenze am Reichstag vorbei führte. Die bedrückende Wirklichkeit während dieser 28 Nachkriegsjahre von 1961 bis zum Fall der Mauer wird zusätzlich deutlich durch ein Stück „Hinterlandssicherungsmauer“, das in das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus integriert wurde. Ein eindringliches Symbol für die Überwindung der Teilung.

#### **Anfang und Ende des NS-Wahns**

Als sowjetische Soldaten im Mai 1945 in das Berliner Regierungsviertel eindrangen und schließlich auch das Reichstagsgebäude erreichten, war der Nationalsozialismus endgültig besiegt und der Zweite Weltkrieg beendet. Tausende waren noch im Kampf um die Eroberung der letzten Straßenzüge gefallen. Umso befreiender das Gefühl, durch die eroberten Gemäuer zu gehen – und so hinterließen viele ihre persönlichen Botschaften. Die kyrillischen Schriftzeichen wurden fünf Jahrzehnte später beim Umbau des Reichstagsgebäudes wieder freigelegt, konserviert und als Spuren der Geschichte erhalten. An 17 verschiedenen Stellen befinden sich fast 200 derartiger „Graffiti“ aus dem Mai

1945. Während diese Wandinschriften für das Ende des nationalsozialistischen Größenwahns stehen, hält ein Stück eines alten Rohrleitungsganges die Erinnerung an die Anfangszeit der NS-Schreckensherrschaft wach. Der Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 lieferte den Nazis den Vorwand, den Ausnahmezustand zu verhängen und „zum Schutz von Volk und Staat“ gegen ihre politischen Gegner vorzugehen. Nie ganz geklärt wurde, ob der aufgrund eines nachträglich erlassenen Gesetzes wegen der Brandstiftung zum Tode verurteilte Marinus van der Lubbe allein für die Tat verantwortlich war oder ob einer anderen Theorie zufolge SA-Angehörige durch diesen Gang vom Reichstagspräsidentenpalais aus in den Reichstag eindrangen und dort Feuer legten. Heute befindet sich ein Teil des Ganges als ständige Mahnung auf einem Betonpodest in der unterirdischen Verbindung zwischen dem Reichstag und den Abgeordnetenbüros im Jakob-Kaiser-Haus.

#### **Ein „Rückgrat“ für die Standhaften**

Das Reichstagsgebäude trägt jedoch auch die hoffnungsvolleren historischen Momente und Phasen mit und in sich. Architekt Norman Foster behielt beim Umbau in den 90er Jah-

ren trotz aller neu geschaffenen Funktionen den Wiedererkennungswert im Auge. Abgeordnete und Besucher können sich an vielen Stellen genau vorstellen, wie der Bau wirkte, als am 10. Dezember 1894 genau hier das Parlament der Deutschen seine Arbeit am Rande des Berliner Tiergartens aufnahm. Eine Gedenktafel erinnert an der Westfront zudem daran, dass von einem der dortigen Fensterbalkone am 9. November 1918 der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik ausrief.

Ein paar Meter weiter Richtung Tiergarten befindet sich draußen ein eher unscheinbares Denkmal: Es handelt sich um eine Reihe von gebrochenen Tafeln aus Eisenguss. Erst durch näheres Hinsehen erschließt sich über die an der Oberkante ablesbaren Namen, Daten und Sterbeorte (Buchenwald, Bergen-Belsen, Plötzensee, Theresienstadt), dass hier an die in der NS-Zeit ermordeten Reichstagsabgeordneten erinnert wird. Der Berliner Künstler Dieter Appelt entschied sich für diese unspektakuläre, aber eindrückliche Form, um den frei gewählten und vom NS-Regime verfolgten Repräsentanten des deutschen Volkes zu gedenken.

Eine Entsprechung dazu findet sich im Inneren des Gebäudes in der Abge-

ordnetenlobby: drei Pulte, auf denen Bücher mit Biografien der Parlamentarier liegen, die ermordet, inhaftiert oder in die Emigration getrieben wurden. Darüber ein großformatiges fünfteiliges Fotogemälde der Düsseldorfer Künstlerin Katharina Sieverding. Ihre Sonnenkorona lässt sich sowohl mit dem Reichstags- als auch dem Weltenbrand assoziieren und bietet zudem eine Verbindung zum Wiederaufstehen der deutschen Demokratie aus der Asche der Zerstörung. Eindeutig zudem die Bedeutung der Röntgenaufnahme mit dem Rückgrat als zentraler Aussage: Hochachtung vor denen, die standhaft blieben – und etwa gegen das Ermächtigungsgesetz der NS-Regierung stimmten.

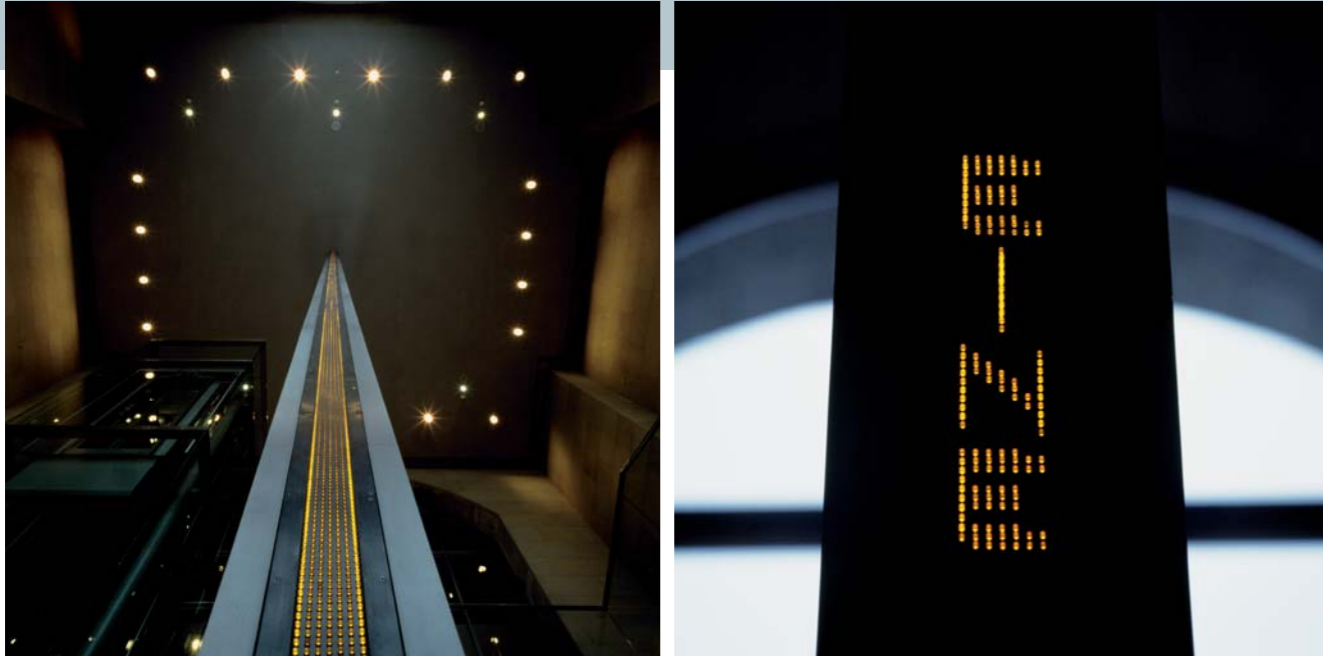
#### **5.000 rostige Metallkästen**

Es ist kein Zufall, dass sich eine ganze Reihe beeindruckender Kunstwerke im Reichstagsgebäude mit der Vergangenheit dieses Ortes befassen. Dahinter steckt das „Kunst-am-Bau“-Konzept, das der Bundestag im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin unter der federführenden Beratung von Professor Götz Adriani (Tübingen) und der Kasseler Professorin Karin Stempel entwickelte. Es wurden keine „irgendwie passen-

den“ Werke angekauft, sondern der Bundestag lud Künstler ein, sich mit den Gebäuden auseinander zu setzen. Während bei den Neubauten die Orientierung an Architektur und Funktion im Vordergrund stand, lag es beim Reichstagsgebäude nahe, vor allem die Geschichte in den Blick zu nehmen. „Es wurden Künstler von internationalem Rang eingeladen, schließlich ist das Reichstagsgebäude der zentrale Ort unserer Demokratie“, erläutert der Kurator der Bundestagskunstsammlung, Andreas Kaernbach. Es waren deutsche Künstler, und es waren – in Erinnerung an die vier alliierten Mächte, die Deutschlands Neubeginn bestimmten – Künstler aus Frankreich, Großbritannien, den USA und der früheren Sowjetunion.

Die Eingeladenen kamen, sahen und entwarfen. In einem engen Abstimmungsprozess mit dem Kunstbeirat des Parlamentes entstanden Ideen, Vorschläge, Modifikationen – und schließlich die Werke, die an dieser Stelle nur beispielhaft erwähnt werden können.

So etwa das „Archiv der Deutschen Abgeordneten“ des Pariser Künstlers Christian Boltanski im Untergeschoss des Osteingangs. In zwei länglichen Blöcken lagern 5.000 angerostete Metallkästen neben- und übereinan-



Die Stele von Jenny Holzer mit Redetexten in LED-Laufschrift.

der. Wie die Aufschriften mit Namen und Daten und Parteizugehörigkeit zeigen, steht jeder für einen der zwischen 1919 und 1999 demokratisch gewählten Abgeordneten in Reichstag und Bundestag. So entsteht der Eindruck eines „Kellerarchivs“ aus vielen einzelnen engagierten Politikern, die alle gleichermaßen, ob „Hinterbänker“ oder Prominenter, quasi die demokratische „Grundlage“ bilden, die das aktuelle Geschehen trägt. Schwarze Bänder an manchen Kästen weisen auf ermordete Abgeordnete hin, eine schwarze Box für die Jahre 1933 bis 1945 auf die Zeit, in denen die nationalsozialistische Diktatur demokratisches Leben unmöglich machte.

#### Lyrik, Leuchtschrift, Labyrinth

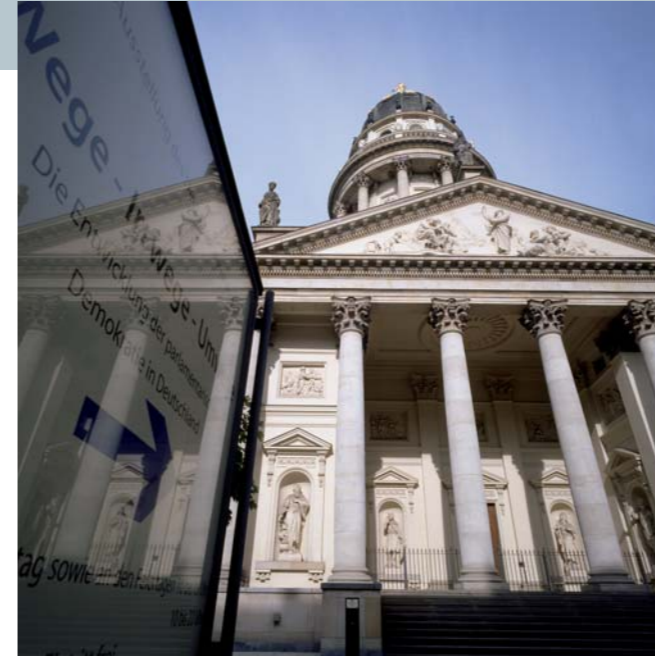
Ein anderes Kunstbeispiel, das schon viele Besucher fasziniert hat, ist die Stahlstele von Jenny Holzer aus New York am Nordeingang. Auf allen vier Seiten ist eine LED-Anzeige angebracht, auf der kontinuierlich eine Leuchtschrift abläuft. Wie die Betrachter schnell merken, handelt es sich jeweils um Reden, die in Reichstag und Bundestag zwischen 1871 und 1999 gehalten worden sind. Zwischenrufe werden durch Aufblinken kenntlich gemacht, so dass auch ein Hauch der

Sitzungsatmosphäre wiedergegeben wird. Parallel laufen jeweils vier Reden zum gleichen Thema. Das zeigt, dass es auf jede Frage nicht nur eine Antwort gibt. Die laufenden Buchstaben spiegeln sich in den umgebenden Glasfronten – das hier Gesprochene bleibt, lässt sich dies deuten, nicht ohne Widerhall in der Gesellschaft. Gerade in den Abendstunden tritt das Material der Stele optisch vollständig hinter den Leuchtbuchstaben zurück: Das Reichstagsgebäude scheint also gestützt zu werden von den Reden, die in seinem Inneren gehalten wurden. Die letzte der in dem Kunstwerk enthaltenen 447 Beiträge ist die Eröffnungsrede im Plenum des umgebauten Reichstagsgebäudes von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im April 1999.

Mit großer Intensität sind auch weitere Künstler auf die deutsche (Parlaments-)Geschichte eingegangen. Bernhard Heisig (Brandenburg) etwa liefert in seinem Gemälde für die Cafeteria ein breites historisches Panorama in freier persönlicher Assoziation von der 1848er Revolution über Friedrich den Großen, Bismarck und Hitler bis zu einem kleinen Jungen ganz rechts, der mit seinem rosaroten Flugdrachen das Lied der DDR-Band Puhdys („Geh zu ihr“) illustriert – und damit die Seh-

sucht ausdrückt, dass die Irrungen und Wirrungen deutscher Geschichte endlich überwunden sein mögen. Oder Anselm Kiefers lehmfarbenes Gemälde in Anlehnung an Ingeborg Bachmanns Gedichtzeile „nur mit Wind mit Zeit und mit Klang“ für einen Raum in einem der Ecktürme des Reichstagsgebäudes, in dem, so Kaernbach, „eine Art Predigt über die Vergangenheit“ ein sehr übergreifendes Gedenken ausdrückt.

Zu den Kunstwerken, die in den übrigen Bundestagsbauten die Vergangenheit aufgreifen, gehört Franka Hörnschemeyers Gitter-Labyrinth in einem der nördlichen Innenhöfe des Paul-Löbe-Hauses. Was nur verspielt scheint, nimmt tatsächlich die frühere Bebauung des Spreebogens mit Mauer, Bauten und Hundezwinger der DDR-Grenztruppen auf und verschränkt sie mit dem Grundriss des Paul-Löbe-Hauses – die Verklammerung von Vergangenheit und Gegenwart. In einem anderen Hof lässt Jörg Herold über einen Spiegel das Sonnenlicht über runde Betonscheiben laufen, die verschiedene historische Daten enthalten. Vor allem weniger beachtete Ereignisse treten auf diese Weise immer wieder für kurze Zeit aus dem Dunkel der Vergangenheit hervor.



Dauerausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“ im Deutschen Dom.

#### Fenster zur aktuellen Szene

Ein guter Tipp für alle, die an der Entwicklung des deutschen Parlamentarismus interessiert sind, ist der Deutsche Dom am Berliner Gendarmenmarkt. Auf sechs Etagen beleuchtet der Bundestag hier „Wege, Irrwege, Umwege“. Ein paar Stufen führen zu einer Originalfahne in Schwarz-Rot-Gold aus der Zeit des Hambacher Festes 1832 herunter. Daneben gibt es viele weitere Informationen über den deutschen Frühparlamentarismus.

Eine Etage höher steht unter anderem die Wahlurne des ersten Deutschen Bundestages mit den Wappen der damals existierenden westlichen Bundesländer. Hier geht es auch darum, wie das parlamentarische System funktioniert. Historische Reden im Bundestag können über die weiteren Etagen des Domes hinweg verfolgt werden, auf denen sich die Ausstellung um den Parlamentarismus im kaiserlichen Deutschland und in der Weimarer Republik, um den NS-Staat und das Scheinparlament in der DDR, um Frauen in der Politik, die europäische Integration und die interparlamentarische Zusammenarbeit drehen. In der Kuppel des Domes steht schließlich eine Reihe von Modellen, zum Beispiel

vom ersten Umbau-Entwurf Fosters für den Reichstag, von Speers „Halle des Volkes“ oder des Reichstages und seiner Umgebung im Jahr 1894.

Nicht zu vergessen ist der Verein der ehemaligen Abgeordneten, die „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments“. Darin haben sich rund zwei Drittel der gut tausend früheren Parlamentarier organisiert. Er dient nicht nur dem Zusammenhalt der Ausgeschiedenen. Er vermittelt auch ihre wertvolle Erfahrung in die politische Bildung, an Universitätsseminare und nicht zuletzt an die aktuellen Abgeordneten selbst und fungiert so als Reservoir des persönlichen Erinnerns für das kollektive Gedächtnis der Demokratie. „Wer nicht mehr in die Fraktionsdisziplin eingebunden ist, kann die Dinge nüchterner und gelassener sehen“, schildert der Geschäftsführer, Nils Diederich. Dazu gehört oft auch eine kritische Betrachtung der eigenen Politik. Für viele ist mit dem Ende des Mandates das politische Leben nicht zu Ende; sie machen sich auf vielen Ebenen nützlich.

Im September öffnet der Bundestag im Rahmen seines Kunstkonzeptes zudem ein Fenster zur aktuellen Kunstszene – durch Ausstellungen im



Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Bei der Premiere zeigt Herlinde Koelbl ihre Werke. Darunter auch die „Spuren der Macht“ – in den Porträts prominenter Parlamentarier. Also auch eine Art Auseinandersetzung mit Geschichte.

Text: Gregor Mayntz  
Fotos: studio kohlmeier



Dauerausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“ im Deutschen Dom:  
Eintritt frei, geöffnet  
dienstags 10–22,  
mittwochs bis sonntags  
10–18 Uhr, Führungen  
täglich 11 und 13 Uhr,  
dienstags auch 20 Uhr.



Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

# Das muss doch zu schaffen sein

**Die FDP-Abgeordnete Ina Lenke gehört zu jenen Menschen, die Dinge beherzt angehen und nicht aus dem Auge verlieren. Auch dann nicht, wenn sie lange brauchen.**

Was ist Leidenschaft? Theater ist Leidenschaft. Ein Kontrabass, fünf weiße Frauen, ein Trommler in Schwarz – das ist Leidenschaft. Das Publikum schaut auf die Bühne und wird Zeuge eines gewagten Versuchs. Mittendrin im Publikum befindet sich eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Initiatorin dieses Abends in der Niedersächsischen Landesvertretung. Man könnte vielleicht zu ihr gehen und sagen: „Da muten Sie uns aber ganz schön was zu, Frau Lenke. Fünf weiße Frauen und ein Kontrabass. Und draußen im Atrium diese wilde Installation, Einkaufswagen voller Zivilisation, und über dem Ganzen das Wort ‚Transfer‘. Was verbindet Sie denn mit diesem Experiment?“ Und dann antwortete die Abgeordnete Lenke vielleicht: Die Leidenschaft, etwas zu tun und so lange daran zu arbeiten, bis es gut ist.

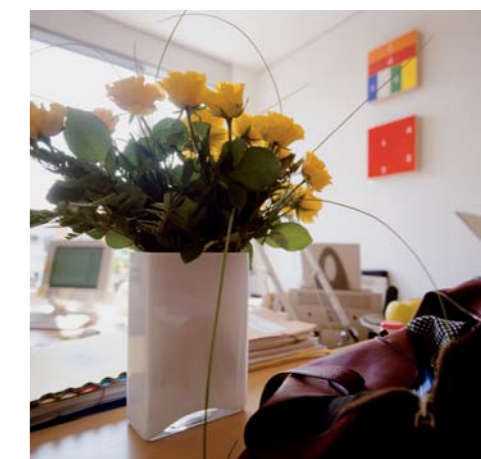
Zuzutrauen wäre ihr eine solche Antwort. Wenn man die 57-jährige einen Tag lang bei ihrer Arbeit im Bundestag beobachtet, entfalten manche ihrer politischen Themen ganz langsam eine eigentümliche Sogwirkung. Nicht, dass sie schon von sich aus spektakulär klingen. Gender Mainstreaming etwa – das hat etwas Sprödes. Lenke befasst sich außerdem mit Jugendfreiwilligendiensten, mit der Abschaffung des Zivildienstes, mit Familienpolitik und der Steuerklasse 5. Nichts davon verbindet sich sofort mit großen Emotionen. Nun, Frauen fangen vielleicht beim Thema Steuerklasse an, ein bisschen wütend zu werden. Und Afghanistan? Ja, schon eher, das bewegt die Gemüter noch immer und es gibt Bilder, die hat man nicht vergessen.

Ein Tag mit der FDP-Abgeordneten Ina Lenke kann dazu führen, dass diese Begriffe und diese Dinge Gewicht erhalten. Manche ein anderes, als sie vorher hatten. Und manche gewinnen überhaupt erst eine Bedeutung.

Morgens kurz nach neun. Im Büro stehen noch die Blumen vom Vortag. Stapelweise liegen Glückwunschkarten herum. Gestern hat Ina Lenke Geburtstag gehabt und jetzt kommen noch ein paar Mitsstreiterinnen und Kolleginnen, um zu gratulieren. In einer Stunde beginnt die erste Beratung des Tages in der Arbeitsgruppe FSF, das

steht für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In dem gleichnamigen Ausschuss ist Ina Lenke die Obfrau ihrer Fraktion, ebenso im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. „Frauenpolitik in der FDP“, sagt sie und zerschneidet einmal mit der rechten Hand die Luft in ihrem Büro, „ist gar nicht so einfach zu machen. Wir Frauen gehen in diese Partei, weil sie eine gute Wirtschaftspolitik macht. Unter anderem, aber das ist vielleicht das Wichtigste. Ich versuche, eine Spange zwischen den so genannten harten und weichen Themen zu bilden. Kaum ein Mann kennt die Steuerklasse 5. Warum auch? In der Regel sind es ja Frauen, die wegen des niedrigen monatlichen Nettogehaltes durch diese Steuerklasse auch noch demotiviert werden, wieder ins Berufsleben einzusteigen.“ Da spricht die Vorsitzende der Bundesvereinigung Liberale Frauen aus ihr. Und die Abgeordnete. Das lässt sich sowieso nicht trennen. „Es ist noch immer nicht einfach, Frauen außerhalb von Parteimitgliedschaften für Politik zu begeistern. 52 Prozent der Bevölke-

## 9.00 Uhr Im Büro.





10.00 Uhr Arbeitsgruppe im Abgeordnetenbüro von Klaus Haupt.



11.00 Uhr Tagung des Arbeitskreises zur Sozialpolitik.



rung sind Frauen. Aber das allein genügt doch nicht. Frauen müssen einfach politischer werden.“

Ina Lenke schaut auf die Uhr, dann auf ihren Mitarbeiter, der eine Mappe voller Papiere für sie vorbereitet hat, und wieder auf die Uhr. Man einigt sich auf später. Am frühen Nachmittag wird Zeit sein. Muss Zeit sein, denn heute ist, jenseits aller Sitzungswochenroutine, auch ein besonderer Tag. Schließlich steht für den Abend ein Experiment auf dem Programm.

Jetzt erst einmal zur Vorbesprechung in der Arbeitsgruppe – und dann tagt der Arbeitskreis III, in dem über Sozialpolitik geredet wird. Oder nein, noch nicht gleich. Ina Lenke muss von ihrem Wochenende erzählen. Sie war in Afghanistan. 48 Stunden nur, mehr Zeit war nicht. Sie hat dort Frauen gesehen, erlebt, mit ihnen gesprochen. Sie ist beeindruckt und will so viel wie möglich tun, um diese mutigen Frauen dort, in dem vom Krieg gezeichneten Land, zu unterstützen. Eine von ihnen lässt die Abgeordnete nicht los, die 70-jährige Irene Salimi. Die Deutsche hat während des Krieges in der Deutschen Botschaft die Stellung gehalten, mehr als zwölf Jahre. Und dann ein Hospital für Kinder aufgebaut. Ina Lenke will versuchen, für dieses Hilfsprojekt Geld zu sammeln. Wie? Da wird ihr noch was einfallen. Es sollte doch zu schaffen sein.

Die **Arbeitsgruppe** findet sich um kurz nach zehn im Zimmer des Abgeordneten Klaus Haupt zusammen. Es wird ein wenig eng. Noch einmal gibt es Glückwünsche zum Geburtstag. „Jetzt stimmt die innere Befindlichkeit langsam gar nicht mehr mit dem Alter überein“, sagt die Abgeordnete Lenke und lacht. „57, das musst du dir mal

vorstellen. Ich bin jünger!“ Dann geht es zur Tagesordnung über und die besteht in der Vorbereitung der Arbeitskreissitzung und schließlich der Ausschussberatung in dieser Sitzungswoche. Sieben Leute sitzen um einen kleinen runden Tisch. Sie diskutieren eine Weile über die Kinderrechtskonvention der UNO und darüber, warum Deutschland ihr nur unter Vorbehalten beitreten will. Dann geht es um Veränderungen im Unterhaltsrecht und das heiß debattierte Antidiskriminierungsgesetz. Nach einer knappen Stunde ist man mit den Themen durch und gut vorbereitet für den Arbeitskreis.

Der **Arbeitskreis III zur Sozialpolitik** tagt in einem großen Raum im Jakob-Kaiser-Haus. Stuckdecken, hohe Fenster und kühle Temperaturen. Sehr kühl. Also diskutiert man sich warm. Zwischendurch wird mal kurz über die laufende Papstwahl spekuliert, aber niemand in der Runde glaubt, dass eintreten kann, was dann am Abend aus dem Vatikan verkündet wird. 19 Leute sind anwesend, neun von ihnen Abgeordnete. Besprochen wird, wer im Plenum zu welchem Thema reden sollte, debattiert wird über Beratungsvorlagen und Anträge, über den Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland und eine Anfrage zum Thema Aufhebung der Mehrwertsteuerpflicht bei Vereinsbeiträgen. Da will man sich für eine schnelle Klärung stark machen, eine, die bürgerschaftliches Engagement stützt und nicht besteuert. Es geht um Dienstleistungsrichtlinien, gesundheitliche Prävention und Eigenheimzulagen. Letzteres Thema wird von der Abgeordneten Lenke engagiert in die Runde eingebracht. „Eigenheimzulagen gelten gegenwärtig nicht als Schonvermögen, sondern werden zum Einkommen dazugerechnet. Ich kenne da eine Familie ...“ Ina Lenke kündigt an, sich um das Thema zu kümmern, denn es betrifft allein in ihrem Landkreis 60 Familien. In anderen Regionen, wo die Arbeitslosigkeit noch höher ist, wird es schlimmer aussehen. „Kümmere dich“, sagen auch die Kollegen, „das ist ein wichtiges Thema.“

Auf dem Rückweg ins Büro passiert es dann. Der **Fahrstuhl** bleibt stecken und durch seine gläserne Tür sieht die Abgeordnete und sehen die fünf anderen Menschen in der Kabine, wie drau-



12.15 Uhr Zwischenfall im Fahrstuhl.



13.00 Uhr Terminabsprachen und Korrespondenz im Büro.

ßen das Leben weiter geht. Das ist ein sonderbares Gefühl, wenn man plötzlich zum Warten verdammt wird. Nach zwanzig Minuten geht das Leben wieder weiter.

Im **Büro** wartet eine Referentin der Fraktion auf Ina Lenke, um mit ihr eine Presseerklärung durchzusprechen. Dann werden Termine und Briefe und Anfragen und Absagen besprochen. Das dauert seine Zeit, bis endlich der Abend auf die Tagesordnung kommt. Dieser Abend in der Niedersächsischen Landesvertretung, an dem sich die Fachhochschule Ottersberg aus dem Wahlkreis der Abgeordneten präsentieren wird. „Die gibt es seit 1967 und sie ist eine von siebzig nichtstaatlichen Hochschulen in Deutschland“, erzählt Ina Lenke. „Die schaffen jetzt schon das, was auf andere erst zukommt: mit nur wenigen Zuschüssen beste Ausbildung anbieten – Kunsttherapie, Kunstpädagogik und Freie Bildende Kunst. Sie werden heute Abend sehen, wie gut die sind.“

In diesen Abend haben die Mitarbeiter des Abgeordnetenbüros Lenke, hat die Abgeordnete Lenke selbst viel

Zeit und Arbeit investiert. Ina Lenke will, dass solche Beispiele Schule machen und dass gewürdigt wird, was die Bildungsstätte macht. Beispielsweise Menschen darin auszubilden, mit Demenzkranken künstlerisch-therapeutisch zu arbeiten. Dafür hat die Abgeordnete Werbung gemacht, Einladungen verschickt, eine Pressekonferenz für den Abend organisiert. Jetzt im Büro wird der ganze Ablauf noch einmal durchgesprochen.

Um 15 Uhr beginnt die **Fraktionssitzung**. Ina Lenke kündigt an, dass sie um fünf gehen muss, um in der Landesvertretung bei den Vorbereitungen für den Abend mitzuhelfen und bei der Pressekonferenz dabei zu sein.

Das Atrium der **Niedersächsischen Landesvertretung** füllt sich am Abend schnell. Gekommen sind viele und man sieht, wie sie sich vorsichtig zwischen den zur Installation gehörenden Einkaufswagen bewegen, hin und wieder Fragen stellen, lächeln, rätseln, sich gar amüsieren, wenn sie auf ein Projekt der Fachhochschule treffen, bei dem Studentinnen anbieten, die Freizeitvergnügungen anderer Menschen zu übernehmen. Wir gehen für Sie ins Kino oder legen uns für Sie auf die Sonnenbank. Keine Zeit zu haben, scheint kein Problem mehr zu sein. Oder doch?

Ina Lenke gefällt, dass so viele gekommen sind. Ihre Rede ist kurz und warmherzig, dann mischt sie sich unters Publikum und ist von da ab nur noch im Gespräch. Bis das Theaterstück beginnt. Fünf weiße Frauen, ein Kontrabass und ein Trommler in Schwarz – das Experiment beginnt. Und egal, wie es ausgeht: Es ist mit Leidenschaft betrieben. Theater ist immer Leidenschaft. Politik kann es sein.

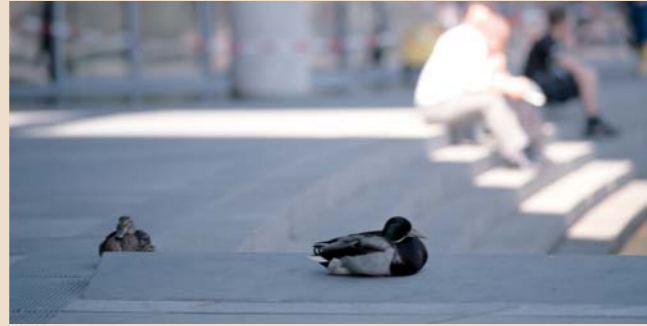


19.00 Uhr Kunstpräsentation in der Niedersächsischen Landesvertretung.



15.00 Uhr Fraktionssitzung.





**H**ier fühlen sie sich wohl, die Touristen und die Besucher wie auch die Angestellten des Bundestages, die ihre Mittagspause nutzen, um sich auf diesen Stufen niederzulassen. Hier sind die Aussichten immer gut. Dort das Reichstagsgebäude, gegenüber das Paul-Löbe-Haus, da die Spree, drüben das Elisabeth-Lüders-Haus – immobile Prachtstücke alle miteinander. Und fast sieht es aus, als defilieren die Schiffe und Dampfer auf dem Fluss vorbei, nur um dem allem ihre Reverenz zu erweisen.

Hier, auf der großen Freitreppe an den Häusern des Bundestages und an der Spree, machen sich bei Sonnenschein die Menschen breit. Sie packen ihre Vorräte aus und ihre Reiseführer. Sie werfen unbequemes



Schuhwerk ab und wackeln mit den Zehen, bis sie wieder fit für den nächsten Marsch sind. Sie schreiben Postkarten nach Hause und fotografieren, was das Zeug hält. Sie stoßen sich gegenseitig in die Rippen, wenn einer vorbeikommt, den sie aus den Nachrichten kennen. Und diese Frau da, ist das nicht gar die heimische Bundestagsabgeordnete?

Sie telefonieren und wühlen in ihren Rucksäcken und Taschen nach der Tüte Gummibärchen, die sie doch vorhin genau für diese Pause gekauft haben. Sie ziehen Jacken und Pullover aus, trinken Kaffee und lassen Sonne an die Haut. Das ist der Moment, da ihnen nichts fehlt. Und genau dafür scheint die Freitreppe gemacht.



# TREPPEN

# GEFLÜSTER

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier





# Wer war's?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG von dieser Ausgabe an und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen.



## INKOGNITO

### Ein Musterschüler im Aufschwung

Unser neues Preisrätsel für Geschichtsdetektive löst Michael S. Cullens Kolumne ab, dem wir für seine vielen unterhaltsamen Episoden aus der Historie des Reichstagsgebäudes danken. BLICKPUNKT BUNDESTAG wird nun künftig ein Mitglied des Bundestages vorstellen, das in der Geschichte der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Unser erster Kandidat kann für sich in Anspruch nehmen, dass seinetwegen die ehrwürdige Académie Française gegen alle Tradition einmal sogar an einem Sonntag tagte. Sie hatte ganz schnell einen französischen Begriff für das englische Wort „Floating“ zu finden. Für das Floating, das freie Schwanken des Wechselkurses, machte sich ein wichtiger Politiker im Nachbarland stark. Sein Nachname wird gesucht.

Karl, der in Kiel in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs, war schon immer Primus, in der Schule, beim Studium, an der Uni und später in der Politik. Das zeigte er seinen Mitmenschen auch, viele Mitarbeiter hielten ihn für unausstehlich. Attraktiv und anziehend müssen ihn hingegen seine abendlichen Tanzpartnerinnen gefunden haben. Der schmächtige, nur 1,73 Meter große Hornbrillenträger, der zeitlebens ein bisschen wie ein großer Junge wirkte, ging bei Beatmusik ganz aus sich heraus. Wie viele seiner vier Ehefrauen er beim Tanz kennen gelernt hat, ist allerdings nicht überliefert.

Mit 20 wollte der junge Mann mit den acht Einsen im Abiturzeugnis noch wie sein Vater Ingenieur werden. Die Realität dieses Berufs lernt er bei einem Praktikum an der Howaldtswerft sei-



Foto: Picture-Alliance

Der Kandidat mit Franz-Josef Strauss.

ner Heimatstadt kennen – mit dem Ergebnis, dass er bereits nach vier Wochen die Brocken hinwirft und sich an der Uni für Volkswirtschaft und Jura einschreibt. Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre mit Millionen von Arbeitslosen weckt sein Interesse für ökonomische Zusammenhänge. Wie nicht anders zu erwarten, macht Karl sein Examen in Rekordzeit und promoviert mit gerade 24 – selbstverständlich mit der Bestnote summa cum laude.

Der Grundstein für eine wissenschaftliche Karriere ist gelegt. Parallel dazu beginnt er eine politische Laufbahn. Senatorenposten in Hamburg und Berlin und die Mitarbeit am neuen Grundsatzprogramm mehrten den Ruf

des eloquenten Professors. 1965 wird er als Berliner Abgeordneter in den Bundestag gewählt.

Seine große Zeit als Bundespolitiker beginnt schon ein Jahr später, als seine Partei nach langen Jahren der Opposition in Bonn mitregieren darf. Karl bekommt das Amt, wofür er theoretisch und rhetorisch am besten gerüstet ist. Er ist der erste Politiker, der die Volkswirtschaft für das Volk interessant macht. Auch wenn kaum einer seine Begriffe wie „Mifrifri“ oder „Mamiflex“ versteht, so klingt es doch gut in den Ohren des Wählers, wenn Karl mit Hilfe der „Konzertierten Aktion“ den „Aufschwung nach Maß“ beschwört.

Aber es bleibt nicht beim Reden. Gemeinsam mit dem für die Bundesfinanzen zuständigen Politiker der anderen großen Fraktion sorgt Karl mit zwei Konjunkturprogrammen über 7,8 Milliarden Mark dafür, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. „Die Pferde beginnen wieder zu saufen“, nennt das PR-Genie auf dem Ministersessel seinen Erfolg.

Sein Mitspieler unterscheidet sich mit seinem bulligen Äußeren und seiner deftigen Sprache beträchtlich von dem Norddeutschen. Aber zumindest am Anfang ihrer gemeinsamen Arbeit ziehen beide an einem Strang. Das bringt einen Journalisten dazu, dem Duo ein Namenspaar zu verleihen, das ursprünglich Wilhelm Busch für zwei junge Hunde geschaffen hat. Diese beiden Namen werden schnell zu einem geflügelten Wort.

Karls Höhenflug geht weiter. Seine Partei stellt nach der nächsten Bundestagswahl den Kanzler. Er selbst wird eineinhalb Jahre später der erste Superminister der Bundesrepublik. Doch die parteiinternen Widerstände gegen die Politik der Regierungsdiva wachsen. 1972 tritt Karl zurück, verlässt noch im selben Jahr seine Partei und engagiert sich im Wahlkampf für die Opposition.

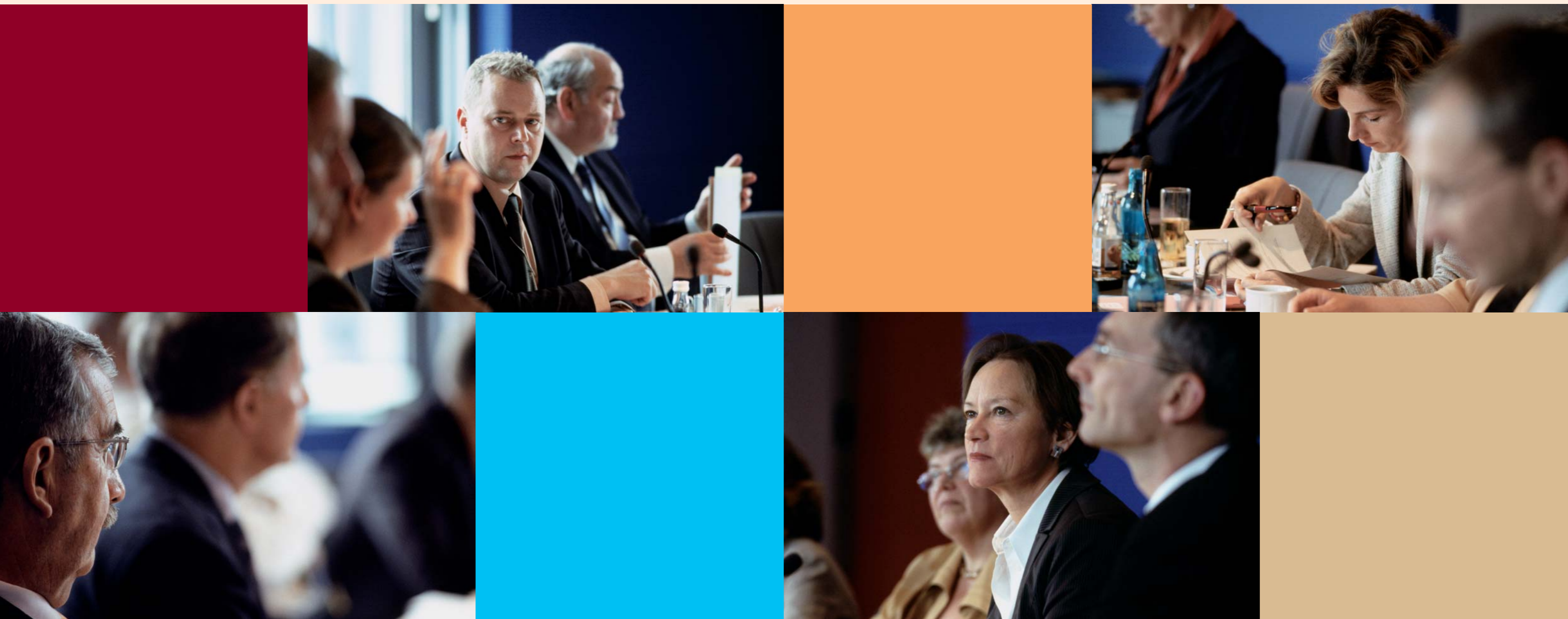
Wer war's?



## Ältestenrat



Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 13. Juli 2005.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 4/05 lautet: Christo und Jeanne-Claude antworteten auf die Frage, ob sie die Einladung von Rita Süßmuth annehmen würden, zuerst mit „Nein“. Eine Reise nach Berlin hat Peter Wiedenwilt aus Holzminden gewonnen.



Sie treffen sich immer zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Sie beratschlagen miteinander und ihr oberstes Ziel ist die gütliche Einigung zum Vorteil aller Abgeordneten und Fraktionen. Es ist ihnen eine Ehre, Mitglied des Ältestenrates des Deutschen Bundestages zu sein. Deshalb nehmen sie die Aufgabe ernst, ersparen dadurch den anderen Mitgliedern des Bundestages viel Zeit und erleichtern ihnen den politischen Arbeitsalltag. Ein Besuch hinter den Kulissen des Bundestages bei den effizienten Organisatoren des parlamentarischen Geschehens.

Arbeiten im Ältestenrat

# Problemlöser hinter den Parlamentskulissen

## Die Menschen

Nach außen spricht der Ältestenrat mit einer Stimme. Das ist erstaunlich, denn seine Mitglieder sind nicht nur als Menschen so verschieden, wie das Leben abwechslungsreich ist. Sie gehören auch unterschiedlichen Fraktionen an, sie vertreten verschiedene Überzeugungen und sie verfolgen im Bundestag oft gegensätzliche politische Interessen. Aber allen gemeinsam ist die Fähigkeit – vielleicht ausgeprägter als bei manch anderen –, sich auf andere einzulassen und den Konsens zu finden. Sind das deshalb ganz besondere Menschen und Politiker, die Mitglieder des Ältestenrates?

Sabine Bätzing ist gerade mal 30 Jahre jung, groß und schlank und von einer Fröhlichkeit, die von innen kommt. „Menschen, die sozusagen immer Schlagzeilen produzieren wollen, passen vielleicht nicht so gut in dieses Gremium“, sagt sie schmun-

zelnd. Die SPD-Abgeordnete und diplomierte Verwaltungswirtin aus Altenkirchen gehört dem Ältestenrat erst seit einem halben Jahr an. Als sie die Pressemitteilung zur neuen Funktion rausschickte, waren viele verwundert. Und natürlich blieb eine Frage nicht aus: Ob sie schon „alt genug“ für diese Arbeit sei.

Einer, der schon zu den ganz erfahrenen Abgeordneten gehört, ist Michael Stübgen, Mitglied des Bundestages seit 1990. Der 45-jährige aus Finsterwalde, der Sängerstadt im Landkreis Elbe-Elster, hat vielleicht von Berufswegen die Fähigkeit, anderen zuzuhören und zugewandt zu sein. Er ist Pfarrer und weiß, wie man miteinander redet, so dass es zum Nutzen aller sein kann. Im Ältestenrat sitzt der CDU-Abgeordnete seit 1999, bis dahin war er Mitglied der Jungen Gruppe. „Was mich am meisten interessiert hat“, sagt er, „ist die besonde-

re Streitkultur mit dem Ziel, einen Konsens zu finden.“

Irmingard Schewe-Gerigk ist Parlamentarische Geschäftsführerin in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und somit qua Amt seit 2002 auch Mitglied im Ältestenrat. Die 57-jährige Redakteurin aus Herdecke wäre aber auch ohne das Fraktionsamt geeignet für diese Arbeit. Bereits zum dritten Mal Mitglied im Deutschen Bundestag ist sie. Eine, die auch innerhalb der Fraktion dafür steht, dass miteinander geredet und in der Sache gestritten wird, mit dem Ziel, die beste Lösung zu finden. „Ich arbeite gern in einem Gremium, das zu einer effizienten parlamentarischen Arbeit beiträgt. Dazu gehört auch, sich um Dinge zu kümmern, die den Abgeordneten manchmal das Leben schwer machen.“

Wer den FDP-Abgeordneten Ernst Burgbacher kennt, der weiß, dass es zu ihm passt, Mitglied dieses Konsensorgans zu sein. Der 56-jährige FDP-Abgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion aus der Musikstadt Trossingen ist zwar ein streitbarer Politiker, aber viel wichtiger als ein Sieg ist ihm immer gewesen, andere zu überzeugen und mitzunehmen bei einer Entscheidung. Die das nicht verstehen, nennen ihn manchmal einen Sozialromantiker. „Das bin ich nicht, aber ein konsensualer Mensch, dem Engagement wichtiger ist als medientauglicher Streit.“ Ernst Burgbacher ist Mitglied der Kommission des Ältestenrates für Innere Angelegenheiten und als solches gehalten, sich um die ganz alltäglichen Sorgen all jener zu kümmern, die für den Bundestag arbeiten und in ihm tätig sind.

## Die Erwartung

Alle hatten eine bestimmte Erwartung an die Arbeit im Ältestenrat, die sich aus Wissen nährte und durch die eigene Fantasie ergänzt wurde. Alle vier sagen, dass die größte Überraschung die Stringenz gewesen ist, in der die Sitzungen abgehalten werden. Eher hatte jede und jeder erwartet, dass die 14-Uhr-Runde an jedem Donnerstag der Sitzungswoche stundenlang dauern würde. „Ich wusste, dass wir uns vorrangig um die organisatorischen Abläufe der Sitzungswochen küm-



„Was mich am meisten interessiert hat, ist die besondere Streitkultur mit dem Ziel, einen Konsens zu finden.“

MICHAEL STÜBGEN

mern. Ein an sich ja ziemlich kompliziertes Konstrukt, also dachte ich, das würde ziemlich viel Zeit kosten“, beschreibt Sabine Bätzing ihre Vorstellung. Was die SPD-Abgeordnete überraschend fand, war der Anruf am Tag vor der Sitzung, bei dem sie gefragt wurde, ob sie Normalkost oder vegetarisch essen möchte.

Das gemeinsame Essen am Anfang einer Sitzung gefällt auch Ernst Burgbacher, der sich selbst auf seiner Homepage als Genießer outet. „Allerdings geht es im Ältestenrat eher darum, sich mit dem viertelstündigen gemeinsamen Mahl am Anfang aufeinander einzustellen. Essen hält nicht nur Leib und Seele zusammen, es verbindet die, die miteinander am Tisch sitzen.“

Irmingard Schewe-Gerigk, die Vorsitzende der Bau- und Raumkommission des Ältestenrates ist, hatte zwar erwartet, dass neben der Neubaupla-

nung auch viele „Kleinigkeiten“ auf den Tisch kommen, von der Menge aber war sie dann doch überrascht. „Vom Halteverbot in der Wilhelmstraße bis zu den Schwierigkeiten mit der Betonkerntemperatur reichen die Probleme und selbst heute erstaunt es mich noch manchmal, welche kleinen Sorgen uns neben den großen Themen auch beschäftigen. Aber das ist wichtig und deshalb gut.“

Michael Stübgen, einer der weiß, wie wichtig der Gestus der Sprache ist, hat zwar erwartet, dass es im Ältestenrat sachlich und weniger polemisch zugeht, aber dann war er doch ein wenig überrascht, wie ruhig die Debatten laufen. „Selbst die Parlamentarischen Geschäftsführer, eigentlich ja Kampfredner ihrer Fraktionen, gehen hier eher gelassen an die Dinge ran. Das entspricht ja auch dem Grundverständnis des Gremiums, obwohl es natürlich nicht streitlos abgeht. Auch

## Geschäftsordnung

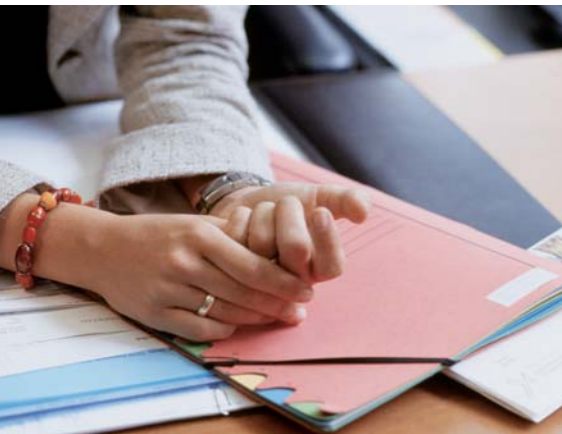
Sie stellt Regeln auf, um die Arbeit im Parlament zu erleichtern, und ist somit autonomes Satzungsrecht des Bundestages. In jeder neuen Legislaturperiode wird sie in der ersten Sitzung des Parlaments in Kraft gesetzt. Sie kann vom Parlament fortgeschrieben und verändert werden und sie ergänzt das Grundgesetz sowie das Abgeordnetengesetz, indem sie Rechte und Pflichten der Mitglieder des Bundestages beschreibt. Die Geschäftsordnung regelt wichtige Angelegenheiten wie die Wahl des Präsidiums, die Größenverhältnisse der Fraktionen, die Feinheiten bei der Wahl des Bundeskanzlers, die Beschlussfähigkeit des Plenums und die Aufgaben des Ältestenrates.

## Schriftführer

Schriftführerinnen und Schriftführer werden zu Beginn der Legislaturperiode gewählt. Je zwei von ihnen, ein Vertreter der Mehrheitsfraktionen und ein Vertreter einer Oppositionsfraktion, bilden zusammen mit dem amtierenden Präsidenten im Plenum den Sitzungsvorstand. Nach zwei Stunden Dienst werden sie abgelöst. Sie wachen über die Einhaltung der im Ältestenrat vereinbarten Tagesordnung. Schriftführer und Schriftführerinnen führen die Liste der Redner und Rednerinnen, rufen die Namen auf, sammeln Stimmzettel ein und zählen Stimmen aus. Außerdem überwachen sie die Korrektur der Plenarprotokolle.

## Redezeit

Die Verteilung der Redezeit auf die einzelnen Fraktionen erfolgt, außer bei den Kurzdebatten, nach einem festen Schlüssel, der sich an den Fraktionsstärken orientiert. In dieser Legislaturperiode dauert deshalb eine Stunde Redezeit im Parlament 62 Minuten. Die sind auf die einzelnen Fraktionen aufgeteilt. Die Fraktionsgeschäftsführerinnen oder -geschäftsführer teilen dem amtierenden Präsidenten die geplanten Redebeiträge mit. Im Ältestenrat wird dann die endgültige Reihenfolge der Rednerinnen und Redner bestimmt.



„Menschen, die sozusagen immer Schlagzeilen produzieren wollen, passen vielleicht nicht so gut in dieses Gremium.“

SABINE BÄTZING



im Ältestenrat kann man gewinnen oder verlieren.“

Damit hat er Recht, denn auf die Frage nach einem ganz besonderen Thema haben alle vier und unabhängig voneinander die Diskussion über das Ansinnen, Szenen für „Mission Impossible 3“ in der Reichstagskuppel zu drehen, benannt. Die war recht kontrovers, denn die einen fanden die Idee nicht schlecht und die anderen der Würde des Hauses nicht angemessen. Am Ende ging es gegen Tom Cruise und Sean Connery aus. Das wurde zwar mit einer Stimme verkündet, aber nicht einstimmig befürwortet.

### Die erste Sitzung

Irmingard Schewe-Gerigk: „Das wichtigste ist der Tagesordnungspunkt ‚Verschiedenes‘, das lernt man gleich in der ersten Sitzung. Damals lag die Beschwerde von Abgeordneten vor, die wegen eines Halteverbots am

Bundestageingang in der Wilhelmstraße selbst mit schwerem Gepäck weit laufen mussten, um dem Fahrdienst entgegenzugehen. Bis das Problem mit der Berliner Senatsverwaltung gelöst wurde, hat es zwei Jahre gedauert. Also habe ich gleich am Anfang gelernt, dass Geduld und Hartnäckigkeit gefragt sind.“

Ernst Burgbacher: „Die erste Sitzung war schon was Besonderes. Gepflegte Atmosphäre, Namensschilder, ein nicht ganz geschlossener Kreis. Wenn ich irgendwo neu bin, beobachte ich erst einmal und schweige. Das habe ich auch im Ältestenrat gemacht. Und gemerkt, dass die gute Vorbereitung der Sitzungen in den Kommissionen und durch die Parlamentarischen Geschäftsführer natürlich viel dazu beiträgt, dass man so schnell und effektiv arbeitet.“

Sabine Bätzing: „Ich hatte Unterlagen ohne Ende, aber dann ging es

unglaublich schnell, das alles abzuarbeiten. Und dann ist da noch die berühmte bunte Liste, die so heißt wegen der verschieden farbigen Blätter und die man immer bei sich hat. Auf der steht alles, was im Laufe einer Legislaturperiode erledigt werden muss. Was nicht erledigt wird, verfällt und muss völlig neu aufgestellt werden. Das nennt man das Prinzip der Diskontinuität.“

Michael Stübgen: „Ich arbeite seit vielen Jahren im Europaausschuss und finde, auch dort herrscht eine besondere Streitkultur, die geprägt ist von der Suche nach dem Konsens. Die habe ich auch und noch stärker ausgeprägt im Ältestenrat vorgefunden. Die erste Sitzung habe ich noch in Bonn erlebt. Irgendwie hat es mich ein wenig an das Gremium der Kirchenältesten erinnert, die ja als Berater des Pfarrers fungieren und sich um viele technische Angelegenheiten kümmern müssen. Insofern hat der Name Ältestenrat schon seine Berechtigung, obwohl er halt auch in die Irre führen kann. Aber ich wüsste auch keinen besseren.“

### Die Praxis

Alle vier sind routiniert und mitten drin im Arbeitsalltag des Ältestenrates. Sie bereiten sich in der jeweiligen Sitzungswoche gründlich vor, sind bei ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen bekannt dafür, dass man bei ihnen Sorgen und Beschwerden loswerden kann und sie sich dann darum kümmern werden. Sie wissen, dass manche Dinge viel Zeit brauchen, auch wenn es am Anfang nicht so aussieht. Und dass andere sich auf seltsame Art und Weise klären, wie die mit dem gestohlenen Fahrrad von Christian Ströbele, das sich kurze Zeit später auf einem Trödelmarkt in Kreuzberg wiederfand.

Ihnen ist klar, dass sie sich nicht mit jeder Entscheidung nur Freunde machen. „Wir hatten mal die Beschwerde einiger Abgeordneter, dass die Schleusen in den Eingängen der Häuser des Bundestages zu viel Zeit kosten und abgeschafft werden sollten. Und wir haben dagegen entschieden, weil die dort arbeitenden Mitarbeiter dann frieren müssten“, erinnert sich Irmingard Schewe-Gerigk



„Die erste Sitzung war schon was Besonderes. Gepflegte Atmosphäre, Namensschilder, ein nicht ganz geschlossener Kreis.“  
ERNST BURGBACHER

an eine solche Entscheidung. Die Mitglieder des Ältestenrates haben sich an die Besonderheiten dieser Runde gewöhnt. „In vielen anderen Sitzungen, die ich kenne, hoffen immer alle, dass sich niemand mehr meldet, wenn der Tagesordnungspunkt ‚Verschiedenes‘ aufgerufen wird. Im Ältestenrat ist es der wichtigste und eigentlich auch interessanteste. Von der Kabarettveranstaltung im Bundestag bis zu Tom Cruise ist hier halt alles enthalten“, sagt Sabine Bätzing.

Sie alle kennen die Möglichkeiten des Gremiums, dann einzugreifen, wenn im parlamentarischen Ablauf zu sehr taktiert wird. „Dann ist es auch mal nötig, eine Sondersitzung einzuberufen, beispielsweise, wenn die Geschäftsordnung aus taktischen Erwägungen heraus zu sehr interpretiert wird. Oder wenn die Abstimmungsform des ‚Hammelsprungs‘ zu stark dafür ausgenutzt wird, auf Zeit

zu spielen, um eine Mehrheit für die Regierungskoalition im Plenarsaal herzustellen“, sagt Michael Stübgen.

Und sie wissen auch, dass die Stimmung im Ältestenrat nicht immer gleich ist. „Wenn am Donnerstagvormittag eine harte Debatte im Plenum stattgefunden hat, dann schlägt das natürlich auch auf die Sitzung um 14 Uhr durch. Wir sind auch nur Menschen, reagieren nicht nur rational und geben unsere Gefühle nicht an der Garderobe ab“, sagt Ernst Burgbacher.

Alle vier Abgeordneten – vier von insgesamt 28 – stehen dafür, dass der Ältestenrat effizient arbeitet und somit seinen Auftrag erfüllt. Zugleich ist er aber nicht mehr und nicht weniger als jedes andere parlamentarische Gremium: eine bunte, kluge Mischung. So bunt wie das Leben und so klug, wie Politik sein sollte.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier

### Tagesordnung

Es gibt für jede Plenardebatte einen festen Plan, Tagesordnung genannt. Die wird, genau wie die Termine der Plenarsitzungen, vom Ältestenrat vereinbart oder vom Bundestag vorher beschlossen oder vom Präsidenten festgesetzt. Letzteres allerdings nur, wenn das Plenum ihn dazu ermächtigt hat oder ein dringender Grund vorliegt. Die Tagesordnung stellt die klare Dramaturgie eines Sitzungstages sicher und verhindert, dass etwa durch ad hoc angesetzte Abstimmungen der politische Gegner überrumpelt wird. Bis 18 Uhr des jeweiligen Vortages kann jede und jeder Abgeordnete eine Änderung der Tagesordnung beantragen.

### Parlamentssekretariat

Es ist Eingangs-, Ordnungs- und Vermittlungsstelle für alle Initiativen, Anträge und Aktivitäten, die sich auf das Verfahren im Bundestag beziehen. Gesetzentwürfe, Anträge der Abgeordneten und der Fraktionen, Berichte der Ausschüsse und alle sonstigen Vorlagen nehmen den Weg über dieses Referat. Eine wesentliche Aufgabe des Parlamentssekretariats ist es, Sitzungen des Ältestenrates vorzubereiten. Bevor der die Tagesordnung der nächsten Sitzungswoche beschließt, werden im Parlamentssekretariat umfangreiche Vorarbeiten geleistet.

### Ordnungsruf

Geleitet wird die Plenarsitzung von einem Mitglied des Präsidiums. Die Sitzungsleitung soll gerecht und unparteiisch sein und die Ordnung im Hause wahren. Wenn nötig, können Äußerungen oder Verhaltensweisen von Abgeordneten als unparlamentarisch zurückgewiesen oder gerügt werden. Notfalls erfolgt ein Ordnungsruf. Passiert das drei Mal, muss einer Rednerin oder einem Redner das Wort entzogen werden. Bei groben Verstößen kann jemand des Saales verwiesen werden. Manchmal beschäftigt sich der Ältestenrat im Nachhinein mit der Frage, ob bestimmte Ordnungsmaßnahmen gerechtfertigt waren.



„Ich arbeite gern in einem Gremium, das zu einer effizienten parlamentarischen Arbeit beiträgt.“

IRMINGARD SCHEWE-GERIGK





## Kopf des Parlaments

# Das Präsidium

**Der Ältestenrat soll den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte unterstützen, heißt es in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Die fünf Mitglieder des Präsidiums, das sich aus dem Präsidenten und den vier Vizepräsidenten zusammensetzt, nehmen an jeder Sitzung des Ältestenrates teil. Weisungsbefugt sind sie dort aber nicht, auch sie verfügen wie die anderen Abgeordneten über einfaches Stimmrecht. Das Präsidium wird vom Parlament für vier Jahre gewählt. Wer sind die Hausherren des Deutschen Bundestages in der 15. Legislaturperiode?**

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier, Deutscher Bundestag

### Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, SPD

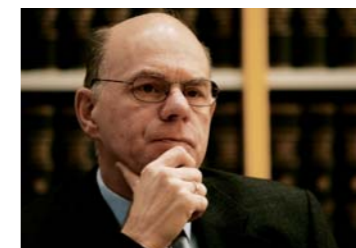
„Ich habe ein ausgeprägtes Gefühl für Gerechtigkeit und Fairness“, charakterisiert sich der nach dem Grundgesetz zweite Mann im Staat selbst. „Und in meinem Kopf hat mehr als eine Meinung Platz.“ Das Amt des Bundestagspräsidenten übt Wolfgang Thierse seit dem Regierungswechsel 1998 aus. Lange sah es in Thierse's Leben nicht danach aus, als würde er Politiker werden. 1943 in Breslau geboren, wuchs der engagierte Katholik in der DDR auf. Als Kind aus bürgerlichem Elternhaus absolvierte Thierse nach dem Abitur zunächst eine Lehre zum Schriftsetzer in Weimar. Nach dieser „Bewährung“ stand der Weg zum Studium der Kulturwissenschaften und der Germanistik offen und führte ihn –



nach wie vor nicht Mitglied einer Partei – als wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Akademie der Wissenschaften. „Ich hatte Glück“, sagt Thierse, „und konnte in der DDR fast wie ein Privatgelehrter in einer geräumigen Nische arbeiten.“ Mit der deutschen Einheit fand das „Leben in der Nische“ schlagartig ein Ende: 1989 Unterschrift beim Neuen Forum, Januar 1990 Eintritt in die SPD der DDR, von Juni bis September 1990 deren Vorsitzender, von März bis Oktober 1990 Mitglied der Volkskammer, dort Vize-, später Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion. „In gewisser Weise war 1989 eine Explosion in meinem Leben, eine Vervielfältigung der eigenen Möglichkeiten“, sagt der Bundestagspräsident im Rückblick. Thierse ist Vizevorsitzender der SPD.

### Vizepräsident Norbert Lammert, CDU/CSU

„Erwartungen gerecht zu werden, versuche ich in jedem Amt, aber abhängig mache ich mich davon nicht“, sagt Norbert Lammert, der in seiner politischen Laufbahn schon viele Ämter bekleidet hat. Der promovierte Sozialwissenschaftler trat 1966 als 18-Jähriger der CDU bei, wurde 1986 Mitglied des CDU-Landesvorstandes in Nordrhein-Westfalen, ist seit 1980 Bundestagsabgeordneter, fungierte zwischen 1989 und 1998 in drei Ministerien (Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft, Verkehr) als Parlamentarischer Staatssekretär, war Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, dann



von 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und bekleidet seit 2002 das Amt eines Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages.

Gelegentlich scheut er auch in dieser Funktion einen etwas lockeren Umgangston nicht: Das gefalle „den meisten gut, einigen nicht so sehr. Daraus mache ich keine Theorie. Man sollte die Anforderungen des Amtes erfüllen, aber so, dass die eigene Persönlichkeit erkennbar bleibt.“ Der in Bochum geborene und „passionierte Ruhrgebietler“ wohnt in Bochum und Berlin, ist verheiratet und hat vier Kinder.

### Vizepräsidentin Susanne Kastner, SPD

„Wenn ich eine Plenardebatte leite, will ich, dass die Menschen auf der Besuchertribüne mich verstehen“, sagt die 1946 geborene Fränkin. Ihre politische Laufbahn nach ihrem Eintritt in die SPD im Jahre 1972 hat sie von der untersten politischen Ebene in das höchste politische Gremium der Bundesrepublik Deutschland geführt: Von 1976 bis 1994 war sie Marktgemeinderätin in ihrem Heimatort Maroldsweisach, von 1984 bis 1999 Mitglied des Kreistages Haßberge. Seit 1989 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1998 Mitglied im Ältestenrat und seit 2002 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Sie sitzt der Kommission des Ältestenrates für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien vor

und hat einen Sitz im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. In ihrer Funktion als Vizepräsidentin des Bundestages ist ein Arbeitsschwerpunkt die Arbeit mit Jugendlichen, denen sie Parlamentarismus nahe bringen möchte; deshalb ist auf ihre Initiative seit drei Jahren ein Jugendmedienworkshop eingerichtet worden. Seit 2004 gehört sie auch dem Parteivorstand der SPD an. Susanne Kastner, erst Erzieherin geworden, dann auf dem zweiten Bildungsweg zur Religionspädagogin ausgebildet, wohnt in Maroldsweisach, ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder und fünf Enkelkinder.



### Vizepräsidentin Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen

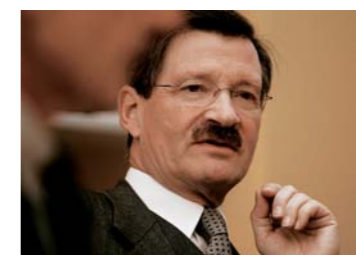
„Man kann als Vizepräsidentin Neues anfangen, Initiativen unterstützen oder selbst auf den Weg bringen“, sagt Antje Vollmer, deren politische Laufbahn eng mit der Entwicklung der Umwelt- und Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verbunden ist. Die 1943 in Lübbecke/Westfalen Geborene, die ihr Privatleben sorgsam gegen jedwede Öffentlichkeit abschirmt, zog 1983 als Parteilose für Die Grünen in den Bundestag ein, dem sie – zeitweise



als Fraktionssprecherin und mit einer Unterbrechung zwischen 1985 und 1987 – bis 1990 angehörte. Der Partei Die Grünen trat sie 1985 bei. Die promovier- te Philosophin und examinierte Theologin, die als Pädagogin und Publizistin arbeitete, kehrte 1994 wieder als Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag zurück und bekleidet seitdem das Amt einer Vizepräsidentin des Bundestages. Seit 1998 ist sie zudem ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien. Antje Vollmer, die in Bielefeld wohnt, versteht ihr Wirken in Politik und Gesellschaft als einen stetigen Neubeginn. „Anfänge sind die kreativsten Phasen, denn alles ist offen. Macht und Verwaltung entstehen erst später. Und diese Routine ist nicht so meine Sache.“

### Vizepräsident Hermann Otto Solms, FDP

„Ich bin sozusagen der einzige gelernte Vizepräsident“, kann der FDP-Politiker mit Recht von sich behaupten. Denn er wurde 1973, zwei Jahre nach seinem Beitritt zur FDP, persönlicher Referent der seinerzeitigen Bundestagsvizepräsidentin Lieselotte Funke. Nach Wehrdienst, Banklehre und Studium der Wirtschafts- und Agrarwissenschaften begleitete er sie drei Jahre lang, ehe er – als frisch promovierter Agrarwissenschaftler – ein Unternehmen gründete. „Das war“, sagt er, „eine wichtige Zeit, auf eigenen Beinen zu stehen, sich alles selbst beizubringen.“



Wer einmal so in der Praxis verankert war, verliert später – auch als Politiker – den Bezug zur Realität nicht.“ Im Bundestag hat der 1940 in Liech, Kreis Gießen, Geborene Sitz und Stimme seit 1980. Von 1985 bis 1991 war er stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, von 1991 bis 1998 stand er der Fraktion als Vorsitzender vor. Seit 1998 ist er finanzpolitischer Sprecher der Fraktion und zudem einer der Vizepräsidenten des Bundestages. Hermann Otto Solms, der aus einer Familie stammt, deren Stammbaum sich 900 Jahre zurückverfolgen lässt, wohnt in seinem Geburtsort in Hessen, ist verheiratet und hat drei Kinder.



Welches Gremium tagt in welchem Saal? Das bestimmt der Ältestenrat.

## Funktion und Aufgaben des Ältestenrates

# Politikmanagement mit Konsensprinzip

**G**inge es vordergründig nach dem Namen des Gremiums, müsste Otto Schily Vorsitzender des Ältestenrates sein. Denn der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundesinnenminister ist mit 72 Jahren der Alterspräsident des Bundestages. Doch auch wenn der Ältestenrat Besonnenheit und Weisheit für sich reklamiert, ein formaler „Rat der Alten“ ist er nicht. Im Ältestenrat des Bundestages sitzen nicht die ältesten Parlamentarier zusammen, sondern diejenigen, die für den Bundestag und seine Arbeitsabläufe insgesamt Verantwortung tragen: Der Bundestagspräsident und seine vier Stellvertreter sowie 23 weitere, von den Fraktionen gewählte erfahrene Abgeordnete, unter ihnen alle Parlamentarischen Geschäftsführer. Zur Erleichterung der Koordination mit der Bundesregierung nimmt auch ein Vertreter der Bundesregierung teil – zumeist ist dies der Staatsminister im Bundeskanzleramt.

Wenn der Ältestenrat tagt, stehen Fragen auf dem Programm, die unmittelbar die Arbeitsfähigkeit des Parlaments betreffen: In welchen Wochen

des Jahres soll der Bundestag überhaupt tagen? Wie viele Ausschüsse soll es geben und welche Fraktion übernimmt den Vorsitz? Wie werden die unzähligen Räume der Parlamentsbauten gerecht auf die Fraktionen verteilt? Wie soll die jeweils nächste Sitzungswoche strukturiert, wann welches Thema auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden? Wann sollen Gesetze gelesen, Regierungserklärungen abgegeben, Aktuelle Stunden veranstaltet oder die Debatten über wichtige Sachthemen geführt werden? Wie lange sollen die Debatten dauern? Das sind nur einige der vielfältigen Aufgaben, die dem Ältestenrat obliegen.

### Vermitteln und Konflikte lösen

Daneben ist der Ältestenrat der Ort, an dem plötzlich aufgetretene Streitigkeiten besprochen und geschlichtet werden. Denn wo Menschen zusammenkommen, zumal im politischen Streit erfahrene und in ihren Zielsetzungen kontroverse Volksvertreter, ist der Konflikt programmiert. Wenn dann etwa im Plenum die Emo-

tionen hochschlagen, können eine kurze Unterbrechung und eine Sondersitzung des Ältestenrats mitunter Wunder wirken. Auch eine nachträgliche Betrachtung des Geschehens dient letztlich der Streitschlichtung und Konfliktlösung: Haben sich Sitzungspräsident, die Bundesregierung beziehungsweise Abgeordnete korrekt verhalten? War die Rednerabfolge rich-

**Parlamentsdramaturgie. Die Tagesordnung beschließt der Ältestenrat.**

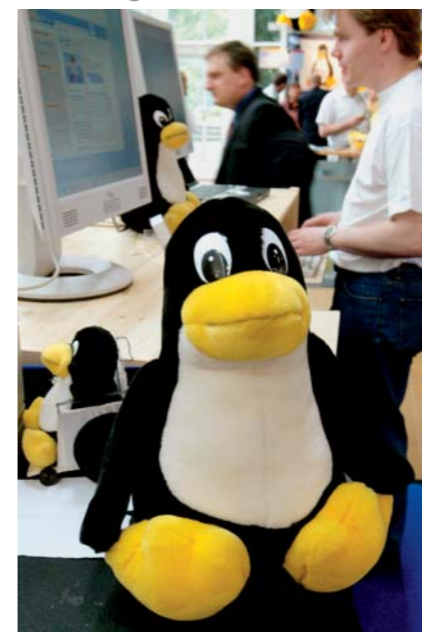


tig festgelegt? Wurden die Redezeiten eingehalten? War ein zurechtweisender Ordnungsruf berechtigt?

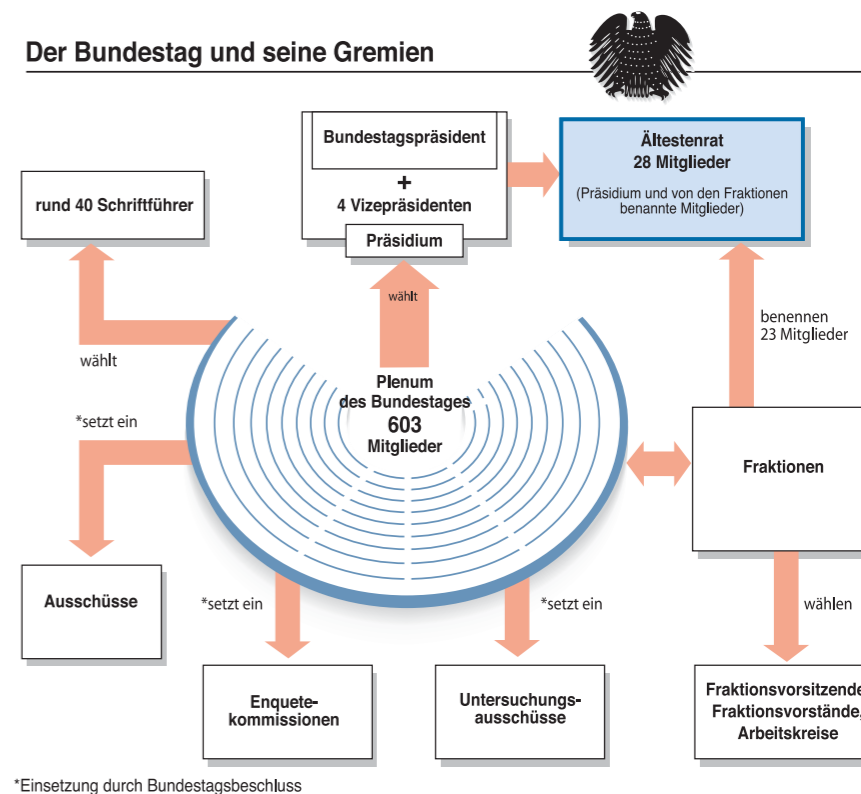
In all diesen Fällen agiert der Ältestenrat als Konsensorgan. Mehrheitsbeschlüsse sind nicht möglich. Auch der Bundestagspräsident als Vorsitzender des Gremiums hat keine ausschlaggebende Stimme. So muss sich der Ältestenrat selbst zusammenraufen, Vor- und Nachteile eines Votums abwägen, die Verständigung suchen – parlamentarische Tugenden, an denen sich auch die Abgeordneten orientieren können. Deshalb halten sie Geben und Nehmen meist die Waage. Sture Rechthaberei ist eher die Ausnahme im Ältestenrat.

Bestimmte Angelegenheiten des Bundestages entscheiden der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter. So ist der Präsident zum Beispiel oberster Dienstherr der über 2000 Mitarbeiter umfassenden Bundestagsverwaltung, legt deren Arbeitsschwerpunkte fest und übt das Hausrecht aus. Doch auch hier lässt er sich in vielen Fragen vom Ältestenrat beraten. Das schafft mehr Übersicht, Kontinuität und Akzeptanz. In der Paragrafensprache der Geschäftsordnung des Bundestages heißt dies lapidar: „Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte.“

**Vom Ältestenrat entschieden: Betriebssystem Linux für den Bundestag.**



### Der Bundestag und seine Gremien



\*Einsetzung durch Bundestagsbeschluss

### Schlüsselfunktion nach der Wahl

Der Ältestenrat unterstützt nicht nur den Präsidenten, er ist auch als Beschlussorgan zuständig für wichtige politische und administrative Bereiche des Parlaments. Dazu zählt an erster Stelle die Aufstellung des Haushaltsplanes für den Bundestag. Hinzu kommen Bereiche wie Bauvorhaben, Informationstechnik und Raumverteilung. Dazu hat der Ältestenrat des gegenwärtigen Bundestages folgende fünf Kommissionen eingesetzt:

- Kommission für die Rechtsstellung der Abgeordneten
- Kommission für die Bau- und Raumangelegenheiten
- Kommission für die Angelegenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten
- Kommission für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien
- Kommission des Ältestenrates für Innere Angelegenheiten

Eine politisch besonders sensible Aufgabe kommt dem Ältestenrat zwischen den Legislaturperioden zu, wenn ein neuer Bundestag schon gewählt wurde, sich aber noch nicht formal konstituiert hat. Gerade in dieser Phase aber sind wichtige Fragen vorzuklären, etwa über Zeitabläufe und Termine und die Zahl der Vizepräsidenten.

Da der alte Ältestenrat für den neuen Bundestag nicht mehr zuständig sein kann, ein neuer aber noch nicht gewählt wurde, bildet sich in dieser Zwischenphase ein so genannter informeller „Vorältestenrat“ aus einigen wenigen Abgeordneten – zumeist wiedergewählte Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktionen, die „die Dinge in die Hand nehmen“, bis sich offiziell ein neuer Ältestenrat konstituiert hat.

Text: Sönke Petersen  
Fotos: Picture-Alliance



Sitzung des Ältestenrates im März 2005.

## Geschichte des Ältestenrates

# Vom Clubgespräch zur Verfassungsfrage

**Ohne Ordnung und Lenkung funktioniert kein Parlament. Diese Erfahrung haben nicht erst die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gemacht. Schon ihre Ahnen im ersten gesamtdeutschen Parlament, der Frankfurter Nationalversammlung von 1848, merkten rasch, dass erfolgreiche parlamentarische Arbeit ohne ein Minimum an Organisation unmöglich ist.**

Bei der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche waren viele Strukturen und Gremien, die heute den Bundestag auszeichnen, noch nicht oder nur ansatzweise ausgeprägt. Die Abgeordneten hatten sich noch nicht zu festen und geschlossenen Fraktionen zusammengefunden. Sie bildeten eher lockere Clubs, die ihre Namen nach den Gaststätten erhielten, in denen sie tagten, etwa „Cafe Milani“, „Donnersberger Hof“ oder „Casino“. Die 585 Abgeordneten der Paulskirche galten als Honoratiorenparlament, das weniger parteipolitische als individuelle Interessen verfolgte.

Doch schon nach wenigen Sitzungen kam der Ruf nach vorausschauender Steuerung auf. Zunächst versuchte man, das Durcheinander durch Absprachen zwischen den Clubs zu ordnen; doch diese erwiesen sich als zu allgemein und unzuverlässig. Deshalb entstand die so genannte Neunerkommission, die aus je drei Vertretern der wichtigsten Clubs bestand und Tagesordnung, Ablauf und Form der Paulskirchen-Versammlung regelte. Der erste interfraktionelle Ausschuss zur Regelung des parlamentarischen Geschäftsverfahrens in der deutschen Parlamentsgeschichte war geboren.

### Informeller Zirkel im Preußischen Landtag

Weiterentwickelt wurde das Zentraldirektorium, wie man die Neunerkommission der Nationalversammlung auch nannte, nach dem Scheitern der Paulskirche im Seniorenkonvent des Preußischen Abgeordnetenhauses. Zwar ist in dessen Geschäftsordnung formal vom Seniorenkonvent nirgends die Rede – sein „Gründungsjahr“ wird allerdings im Allgemeinen auf das Jahr 1867 festgelegt. Unter einem eigenen Vorsitzenden trafen sich im Seniorenkonvent regelmäßig die Parteiführer, die damals zugleich Fraktionsführer waren, um Tages- und Redeordnungen festzulegen oder über Größe und Besetzung von Kommissionen – wie die Ausschüsse damals genannt wurden – zu befinden. So wirkte der Seniorenkonvent zwar außerhalb der verfassten Organisation des Parlaments, bestimmte aber gleichwohl

dessen Arbeit wesentlich mit. Seine Entstehung zeigt, wie sich durch die parlamentarische Praxis das Parlamentsrecht entwickelte.

Im kaiserlichen Reichstag des 1871 ausgerufenen Deutschen Reiches blieben die Aufgaben des Seniorenkonvents die gleichen wie zuvor: In ihm wurden die Größe der Kommissionen und die Stellenanteile der Fraktionen festgelegt, Minderheitenrechte verhandelt, der parlamentarische Arbeitsplan des Reichstages und die Rednerlisten vereinbart. Wie sein Vorgänger trat der Seniorenkonvent nicht offiziell als Parlamentsorgan in Erscheinung und fand in der Parlamentsordnung keine Verankerung. Eine rechtliche Bindung hatten seine Vereinbarungen also nicht, dennoch wurden sie im Parlamentsalltag eingehalten.

Ursprünglich bestand der Seniorenkonvent aus je einem Vertreter jeder zugelassenen, das heißt geschäftsmäßig konstituierten Reichstagsfraktion. Seine Gesamtstärke betrug fünf bis zehn Mitglieder. Später, am Ende des kaiserlichen Reichstages, wuchs er auf bis zu 30 Mitglieder an. Zu den Sitzungen, denen ab 1899 der Reichstagspräsident (zuvor war es einer der Vizepräsidenten) vorstand, entsandten die Fraktionen meist ihren

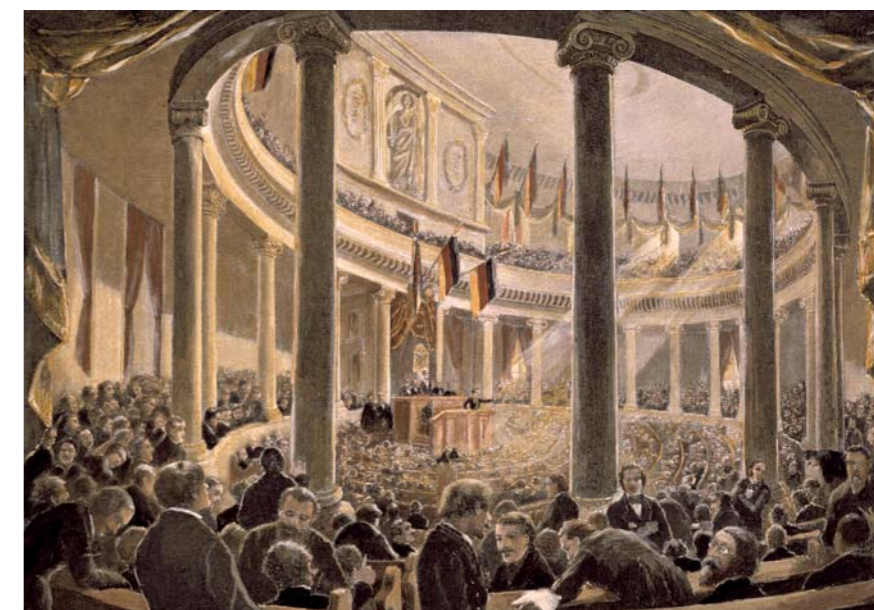
Vorsitzenden. Mehrheitsbeschlüsse wurden hier nicht gefasst. Vielmehr wurde gerade bei Fragen des parlamentarischen Prozederes nach dem Konsensprinzip verfahren.

Macht und Einfluss des immer noch informellen Seniorenkonvents wurden allerdings zu Beginn des 20. Jahrhunderts so groß, dass der Ruf lauter wurde, ihn aus seiner inoffiziellen Stellung herauszuholen und zu einem Rechtsinstitut zu machen, das dem Parlament verantwortlich ist und durch klare Regelungen der Geschäftsordnung in seinen Machtbefugnissen begrenzt wird.

### Der Vorläufer: Ältestenrat der Weimarer Republik

Im Reichstag der Weimarer Republik war es so weit. In der neu geschaffenen Geschäftsordnung vom 12. Dezember 1922 wurde der Seniorenkonvent nun unter dem Namen Ältestenrat zu einem ordentlichen Gremium, seine Rechte und Aufgaben genau umrissen. Im Ältestenrat kamen führende Vertreter der Fraktionen – unter ihnen zumeist die Fraktionsvorsitzenden – zusammen, um über wichtige verfahrens- und organisations-technische Fragen einen Konsens zu erzielen.

**1848** Eröffnung der deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main.



Die immer wichtiger gewordene Parlamentsarbeit sollte nicht durch Auseinandersetzungen um Verfahrens- und Tagesordnungspunkte blockiert werden.

Der Ältestenrat des Reichstages der Weimarer Republik setzte sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und weiteren 21 von den Fraktionen benannten Abgeordneten zusammen. Zu seinen Aufgaben gehörte die Unterstützung des Präsidenten bei der Führung der Geschäfte, die Verständigung über den Arbeitsplan des Reichstages sowie über die Verteilung der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter – allesamt Aufgaben, die auch heute dem Ältestenrat des Bundestages obliegen. Neben dem Ältestenrat gab es den Vorstand des Reichstages, bestehend aus dem Reichstagspräsidenten, seinen Stellvertretern und den Schriftführern. Der Vorstand war für den Entwurf des Haushaltsplanes des Reichstages, für die Verwendung der Räume sowie für

andere interne Angelegenheiten des Reichstages zuständig. Im heutigen Bundestag sind diese Aufgaben dem Ältestenrat zugeordnet.

Ältestenrat und Geschäftsordnung des Reichstages sahen sich wie andere Institutionen der Weimarer Republik angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme in Frage gestellt. Doch trotz aller Anfechtungen erwiesen sich diese beiden Einrichtungen als so überzeugend, dass sie nach dem Ende der NS-Herrschaft 1949 vom Ersten Deutschen Bundestag fast unverändert übernommen wurden. Damit war der Ältestenrat im ersten frei gewählten Parlament nach dem Krieg installiert.

#### Ältestenrat nach 1945 – Diskretion und Dramatik

Natürlich hat das Parlament den Arbeitsrahmen des Ältestenrates seitdem mehrfach angepasst. Aber seine zentralen Aufgaben sind geblieben – wie auch sein Anspruch, möglichst still,

unaufgeregt und unspektakulär zu arbeiten. So tagt man nach wie vor hinter verschlossenen Türen. Beobachter von außen oder gar Fernsehkameras sind nicht zugelassen. Die Protokolle der Beschlüsse und Vereinbarungen des Ältestenrates werden erst mit einer Sperrfrist von drei Legislaturperioden freigegeben – und auch dann nur zur wissenschaftlichen Verwertung.

Dennoch dringen hin und wieder Informationen über besonders spektakuläre Sitzungen nach außen. Hoch her etwa ging es im Ältestenrat am 18. Oktober 1984, als er nachträglich über die Ordnungsmaßnahmen des amtierenden Sitzungspräsidenten Richard Stücklen (CSU) gegenüber den grünen Abgeordneten Jürgen Reents und Joschka Fischer debattierte. Stücklen hatte beide an jenem Tag von der weiteren Teilnahme an der Plenarsitzung ausgeschlossen. Reents, weil er im Plenum behauptet hatte, der Weg von Bundeskanzler Kohl an die Spitze sei-

ner Fraktion und Partei sei von Flick „freigekauft“ worden; Fischer wegen „permanenten Störens“. Für den eigentlichen Eklat hatte Fischer allerdings gesorgt, als er nach Schluss der Sitzung Stücklen zurief: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“ Solche „Anrede“ hatte es bis dato noch nie im Bundestag gegeben. Kein Wunder, dass auch im Ältestenrat die Wogen hoch gingen.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es auch Anfang der 90er Jahre im Bonner Bundestag: Die damalige Oppositionsfraktion der SPD und das Regierungslager aus CDU/CSU und FDP gerieten in einen heftigen Schlagabtausch, der bis nach Mitternacht dauerte. Der Anlass: Die amtierende Sitzungspräsidentin Renate Schmidt (SPD) hatte in einer leidenschaftlichen Bundestagsdebatte versucht, zu verhindern, dass nacheinander mehrere Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates das Rederecht verlangen und wahr-

nehmen konnten. Sie beriefen sich dabei auf das Grundgesetz: Nach Artikel 43 der Verfassung, so ihre Begründung, müssten sie „jederzeit“ gehört werden.

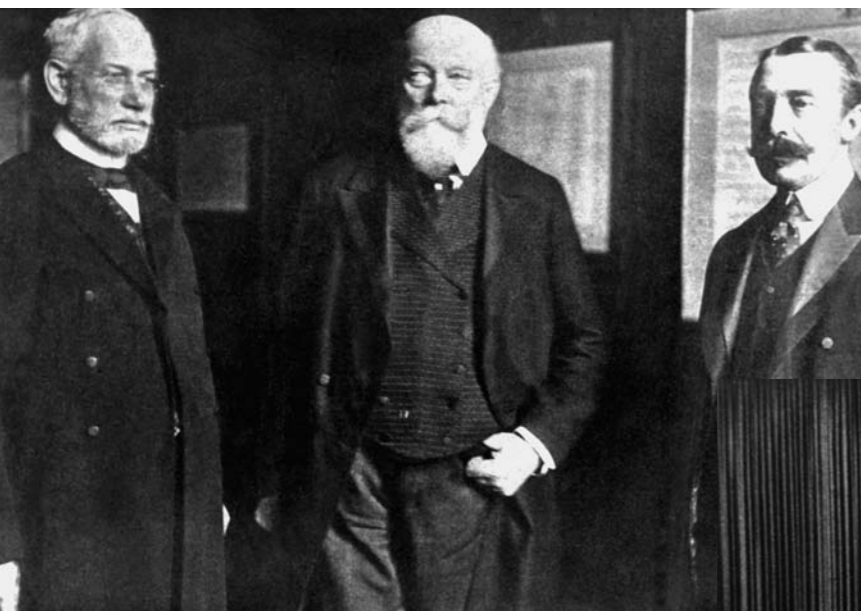
Viele Stunden stritt der Ältestenrat hitzig über das Redeprivileg von Regierungs- und Bundesratsmitgliedern. Am Ende gab er Renate Schmidt Recht: „Jederzeitiges“ Gehör könne und dürfe nicht bedeuten, dass es zu einer Aneinanderreihung von Wortmeldungen „Redeprivilegierter“ komme. Nach der parlamentarischen Redeordnung, in die diese bei der Rednerfolge eingebunden seien, solle jedenfalls nach zwei Redeprivilegierten auch der Abgeordnete wieder das Wort haben. Damit hatte der Ältestenrat eine wichtige Verfassungsinterpretation vorgenommen.

Text: Sönke Petersen  
Fotos: Picture-Alliance

## Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundestages

### § 6 Ältestenrat

- (1) Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und dreiundzwanzig weiteren von den Fraktionen gemäß § 12 zu benennenden Mitgliedern. Die Einberufung obliegt dem Präsidenten. Er muss ihn einberufen, wenn eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages es verlangen.
- (2) Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte. Er führt eine Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie über den Arbeitsplan des Bundestages herbei. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben ist der Ältestenrat kein Beschlussorgan.
- (3) Der Ältestenrat beschließt über die inneren Angelegenheiten des Bundestages, soweit sie nicht dem Präsidenten oder dem Präsidium vorbehalten sind. Er verfügt über die Verwendung der dem Bundestag vorbehaltenen Räume. Er stellt den Voranschlag für den Haushalts-einzelplan des Bundestages auf, von dem der Haushaltsausschuss nur im Benehmen mit dem Ältestenrat abweichen kann.
- (4) Für die Angelegenheiten der Bibliothek, des Archivs und anderer Dokumentationen setzt der Ältestenrat einen ständigen Unterausschuss ein, dem auch Mitglieder des Bundestages, die nicht Mitglied des Ältestenrates sind, angehören können.



1909

Das Präsidium des Reichstages 1909: Vizepräsident Dr. Peter Spahn (Zentrum), Präsident Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (Konservative) und Vizepräsident Ernst Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg (Hospitant der Reichspartei-Freikonservativ).



1949

Konstituierende Sitzung des ersten Deutschen Bundestages 1949. Erich Köhler (CDU) wurde erster Bundestagspräsident.



1984

Der Abgeordnete Joschka Fischer (Die Grünen) 1984 nach seinem Sitzungsausschluss durch Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen. Der Vorfall beschäftigte auch den Ältestenrat.

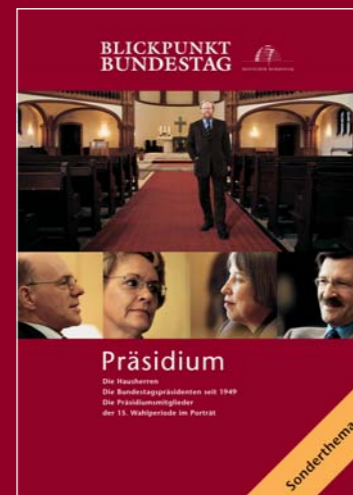


# Infos zum Thema Ältestenrat

## Broschürenstelle des Deutschen Bundestages



Erläuterungen zum Ältestenrat und den unterschiedlichen Organen des Bundestages kann man in „Parlamentsdeutsch“ nachschlagen. Von „Abgeordnete“ bis „Zuwendungen“ erläutert das kleine Lexikon des Bundestages parlamentarische Begriffe kurz und präzise. „Parlamentsdeutsch“ ist kostenlos über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages zu beziehen.



Auf gleichem Wege können auch **Sonderthemen vom Blickpunkt Bundestag** angefordert werden. Darunter sind viele Themenhefte über „Die Gremien des Bundestages“, seine „Fraktionen“, sein „Präsidium“ oder seine „Ausschüsse“.

**Kontakt:**  
Deutscher Bundestag  
Broschürenstelle  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fax: 0 30 – 2 27 – 3 62 00

## Bundestag Online

Wissenswertes zum Ältestenrat, zum Präsidium und den anderen Gremien des Deutschen Bundestages finden Sie auch im Internet auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). Die Website des Deutschen Bundestages bietet aktuelle Informationen, Hintergründe und detaillierte Erläuterungen rund um das Parlament sowie verschiedene Newsletter und wissenschaftliche Publikationen zum parlamentarischen Geschehen.



Das Bundesverfassungsgericht beim Verfahren zur Vertrauensfrage 1983.

## Vorzeitige Auflösung des Bundestages

# Eine Frage des Vertrauens



Es war ein politischer Paukenschlag, als der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Neuwahlen im Bund ankündigten. Das Verfahren, mit dem der Bundestag aufgelöst wird, hat zu heftigen Diskussionen geführt. Denn auf direktem Weg kann der Bundeskanzler sein Ziel nicht erreichen – das Grundgesetz sieht nicht vor, dass ein Regierungschef vorzeitig Neuwahlen ausschreibt.

Zwar kann der Bundeskanzler von seinem Amt zurücktreten. Doch dann wäre das Parlament am Zuge und könnte nach Artikel 63 des Grundgesetzes einen neuen Regierungschef aus den eigenen Reihen wählen – wobei der Bundespräsident zunächst einen Kandidaten vorschlägt. Wenn diese Wahl misslingt, sich also keine absolute Mehrheit aller Bundestagsmitglieder für diesen oder in maximal zwei weiteren Wahlphasen für einen anderen Kandidaten findet, kann der Bundespräsident nach Artikel 63 den Bundestag auflösen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder geht einen anderen Weg: Er stellt nach Artikel 68 des Grundgesetzes zunächst die Vertrauensfrage im Bundestag. Diese müsste der Bundestag ablehnen. Das ist der Fall, wenn sich die Kanzlermehrheit, also die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, nicht hinter den Kanzler stellt. Nach solch einer verlorenen Vertrauensabstimmung kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers innerhalb von 21 Tagen entscheiden, ob er das Parlament auflöst und Neuwahlen ausschreibt oder die Regierung im Amt belässt. Allerdings erlischt dieses Recht, wenn der Bundestag vorher einen anderen Bundeskanzler wählt. Löst der Bundespräsident das Parlament auf, müssen innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen stattfinden.

Es ist vor allem der Umgang mit der Vertrauensfrage, es ist die Art, wie dieses parlamentarische Instrument hier eingesetzt wird, was derzeit zwischen Verfassungsrechtlern und Politikwissenschaftlern, Politikern und Kommentatoren zu heftigen Kontroversen führt. Die Frage ist: Darf der Kanzler mit dem Ziel, eine Niederlage zu kassieren, die Vertrauensfrage stellen?

### Kriterien des Verfassungsgerichts

Dennoch hat es bereits zwei Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein solch „bestelltes“ Parlamentsmisstrauen gegeben. Das erste 1972 führte zur ersten vorzeitigen

Bundekanzler Willy Brandt und Bundesaußenminister Walter Scheel bei der Debatte zur Vertrauensfrage 1972.



## Auszug aus dem Grundgesetz

### Artikel 68

Vertrauensfrage, Auflösung des Bundestages

- (1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.
- (2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Bundestagsauflösung überhaupt. Damals verließen vor allem wegen der Ostpolitik einzelne Abgeordnete die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt und wechselten ins Lager der Opposition. Zwar hatte Brandt zuvor noch ein konstruktives Misstrauensvotum überstanden, im Parlament bestand aber ein Patt, er hatte tatsächlich keine Mehrheit mehr. Weil sich die Regierung in der Vertrauensabstimmung enthielt, war der Weg für Neuwahlen frei.

1982 hatte Helmut Kohl nach einem Koalitionswechsel der FDP Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum als Kanzler abgelöst. Kohl wollte die neue Koalition durch Neuwahlen festigen und stellte zu diesem Zweck die Vertrauensfrage. In der Abstimmung enthielten sich alle Abgeordneten der neuen schwarz-gelben Koalition und machten so den Weg zur Parlamentsauflösung frei. Während sich 1972 niemand an dem gewählten Verfahren störte, klagten nun mehrere Abgeordnete vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Karlsruher Richter wiesen die Klagen ab. Allerdings stellten sie Kriterien für künftige Fälle einer Auflösung des Parlaments auf.

Grundsätzlich hatten die Verfassungsrichter zwar keine Einwände gegen ein „bestelltes“ Misstrauensvotum, welches nun auch Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Auflösung des Parlaments nutzt. Allerdings reicht es nach dem Urteil auch nicht aus, dass sich alle drei an der Auflösung des Parlaments beteiligten Verfassungsorgane einig sind, also die Auflösung des Parlaments rein formal nach den Regeln des Grundgesetzes zustande gekommen ist. Die Verfassungsrichter fordern vielmehr, dass auch „objektive Gründe“ für eine politische Instabilität sprechen müssen. Der Kanzler sollte also glaubhaft machen können, dass er für seine Politik nicht mehr die erforderliche Mehrheit hat.

### Die Fehler von Weimar

So ist es nach Ansicht der Verfassungsrichter nicht zwingend, dass der Bundeskanzler bereits eine Abstimmung verloren hat. Auch die Aussicht auf mangelnde Zustimmung genügt. Aber die „politischen Kräfteverhältnisse im Bundes-

tag müssen seine Handlungsfähigkeit so beeinträchtigen oder lähmen, dass er eine vom stetigen Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht sinnvoll zu verfolgen vermag“ – so heißt es in der Entscheidung der Richter. Bei der Beurteilung der politischen Lage lässt das Verfassungsgericht dem Kanzler einen breiten Spielraum. Denn, so argumentieren die Richter, bei der Beurteilung politischer Stabilität geht es um Annahmen über die Zukunft, die vom Gericht nur sehr eingeschränkt bewertet werden können.

Als abschreckendes Beispiel diente den Vätern und Müttern des Grundgesetzes die starke Stellung des Präsidenten in der Weimarer Reichsverfassung. Danach konnte der Reichspräsident jederzeit den Reichstag auflösen. Ein Machtinstrument, von dem die Weimarer Reichspräsidenten reichlich Gebrauch machten. Besonders die Parteienzersplitterung führte dazu, dass die Auflösung des Reichstages mit anschließenden Neuwahlen nicht zu eindeutigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und damit zu stabilen Regierungen beitrug. Kein einziges Parlament überstand während der Weimarer Republik die volle Legislaturperiode. Und wenn sich ein Parlament nicht im Sinne des Staatsoberhauptes verhielt, musste es mit der Auflösung rechnen.

Verkürzte Legislaturperioden sind hingegen in der Bundesrepublik die Ausnahme. Und anders als in der Weimarer Zeit kann auch der Bundespräsident das Parlament nicht durch ein Auflösungsrecht unter Druck setzen. Überhaupt ist das Modell Bundesrepublik so ziemlich das Gegen-

## Auszug aus dem Grundgesetz

### Artikel 63

Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers

- (1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt.
- (2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.
- (3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgang mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.
- (4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muss der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.



Bundeskanzler Helmut Kohl stellte am 17.12.1982 im Bundestag die Vertrauensfrage.

teil der Weimarer Konstruktion. Solange es eine stabile Mehrheit gibt, auf die sich der Kanzler stützen kann, ist überhaupt keine Auflösung des Bundestages möglich. Das gilt auch dann, wenn der amtierende Kanzler seine Mehrheit verliert und an seiner Stelle ein anderer ins Amt gewählt wird, etwa durch ein konstruktives Misstrauensvotum nach Art. 67 GG.

### Diskussion über Selbstauflösungsrecht

Dass es auch anders geht, zeigt der Blick über den Kanal. In Großbritannien ist es das Privileg des Premierministers, jederzeit innerhalb der höchstens fünfjährigen Legislaturperiode Neuwahlen auszuschreiben. Er muss dazu nur die Königin um Auflösung des Unterhauses bitten. Gegen Ende einer Legislaturperiode versucht ein Premier den für ihn günstigsten Moment abzapfen, um Neuwahlen auszuschreiben. Dass dieses Privileg nicht unbedingt einen Vorteil für den Premier bei der Wahl bedeutet, zeigt, dass seit Ende des Zweiten Weltkrieges bei sechs von 17 Wahlen die Opposition den Sieg davontrug.

Auch in einigen deutschen Bundesländern ist der Weg zu Neuwahlen sehr viel einfacher. In Baden-Württemberg etwa ist der Landtag automatisch aufgelöst, wenn er drei Monate nach seiner Konstituierung oder nach einem Rücktritt des Ministerpräsidenten keinen Nachfolger mit der Mehrheit seiner Mitglieder wählt. In Niedersachsen kann die Mehrheit der Mitglieder des Landtags beschließen, das Parlament selbst aufzulösen, wenn sich keine absolute Mehrheit für die Wahl eines Regierungschefs findet.

Mittlerweile wird auch auf Bundesebene ein Selbstauflösungsrecht für den Bundestag diskutiert. Einzelne Abgeordnete haben sogar eine Verfassungsänderung noch vor einer Neuwahl des Parlaments in diesem Jahr ins Gespräch gebracht. Zumindest könnte dies ein Weg sein, bei künftigen Parlamentsauflösungen Missverständnisse zu vermeiden.

Text: Matthias Rumpf

Fotos: Picture-Alliance



Stehen junge Eltern mit ihrem Nachwuchs im Regen?

Forum: Familie heute

# Lieber Cabrio statt Kombi?

Kinder machen glücklich, Kinder sind die beste Vorsorge fürs Alter, Kinder kurbeln die Volkswirtschaft an. Die vielen Vorteile des Nachwuchses werden oft genannt und sind kaum zu verleugnen. Dennoch belegen Studien: Eigene Kinder stehen bei den wenigsten jungen Deutschen oben auf der Wunschliste. Denn den Kleinen haftet ein ganz anderes Image an: Sie rauben Schlaf und Freizeit, gelten als Karrierekiller und als finanzielles Risiko. Dabei sind sich alle einig: Am Einsatz für Kinder misst sich erfolgreiche Familienpolitik.

Text: Birte Betzendahl; Fotos: Deutscher Bundestag, Picture-Alliance; Grafiken: Karl-Heinz Döring

Wer nach der Herkunft des Wortes Familie sucht, findet für den lateinischen Begriff familia die Übersetzung „Gesamtheit der Dienerschaft, Gesinde, Hausgenossenschaft“. Hinter dem lateinischen familiaris verbirgt sich neben dem „zur Familie gehörig“ aber auch „vertraut, vertraulich“. Also könnte man Familie als „vertraute Gesamtheit“ bezeichnen – eine durchaus zeitgemäße Definition. Und im Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung steht zu lesen: „Familie ist für uns, wo Kinder sind.“ Familie erscheint heute als Lebensform ohne klare Grenzen. Was genau macht eigentlich eine Familie aus? Die Geburtsurkunde des Kindes? Die gemeinsame Wohnung? Oder schlichtweg der Kauf des ersten Kombis?

Längst hat sich die Gesellschaft von der klassischen Vater-Mutter-Tochter-Sohn-Konstellation verabschiedet. Alleinerziehende Eltern, Patchwork-Beziehungen und unverheiratete Paare mit Kindern machen

inzwischen einen erheblichen Teil der Familien in Deutschland aus. Aber selbst diese Spezies ist vom Aussterben bedroht, denn: Kinder sind „out“. Oder weniger salopp ausgedrückt: Deutschland ist ein „kinderentwöhntes“ Land, wie Bundesfamilienministerin Renate Schmidt das Dilemma beschrieben hat. Eine kürzlich erschienene Umfrage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ergab: Die Deutschen wollen immer seltener Kinder. Jeder fünfte Erwachsene im Alter zwischen 20 und 45 Jahren plant inzwischen sogar, ganz auf Nachwuchs zu verzichten. „In Deutschland hat sich das Ideal der freiwilligen Kinderlosigkeit ausgebreitet“, heißt es in der Studie.


## Kinder als Armutsrisiko

Im vergangenen Jahr kamen in Deutschland rund 700.000 Kinder zur Welt – vor 40 Jahren waren es im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik mit insgesamt 1,35 Millionen fast



## Elternschaft und Karriere

Nicolette Kressl, SPD

 nicolette.kressl@bundestag.de  
www.kressl.de

Die jungen Menschen in Deutschland sind keineswegs familien- oder kinderfeindlich. Das wird klar, wenn man neben der Geburtenstatistik auch die Studien und Befragungen zu den vorhandenen Kinderwünschen betrachtet. Ganz offensichtlich bekommen wir aber die Kinder nicht, die wir uns eigentlich doch wünschen. Woran liegt das – und was kann die Politik dagegen tun? Um diese Fragen sollten wir uns kümmern und nicht nach bevölkerungspolitischen Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit suchen.

Dass Familien finanzielle Unterstützung brauchen, ist lange bekannt. Hier ist vieles geschehen – allein seit 1998 sind die direkten Leistungen für Familien um rund die Hälfte auf jetzt 60 Milliarden Euro erhöht worden, fast 35 Milliarden Euro entfallen davon auf das Kindergeld. Damit liegen wir im europäischen Vergleich weit vorn.

Viel zu lange vernachlässigt wurden hingegen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den Ausbau von Betreuungsangeboten haben die Regierungsfaktionen als wichtigen staatlichen Beitrag inzwischen auf den Weg gebracht. Um die vielfältigen Aspekte des Vereinbarkeitsproblems zu lösen, müssen aber auch andere Akteure mitwirken – zum Beispiel die Unternehmen und Tarifparteien. Genau darum geht es bei der „Allianz für Familie“ und den vielen „Lokalen Bündnissen für Familie“, die in den letzten Monaten an vielen Orten in Deutschland entstanden sind.

Darüber hinaus müssen wir den potentiellen Müttern und Vätern mehr Sicherheit bieten, dass Elternschaft nicht automatisch Karriereverzicht bedeutet. Bessere Anreize für Väter, sich an der Elternzeit zu beteiligen, ausdrückliche Stellenangebote für (Wieder-)Einsteiger und Einsteigerinnen, oder Dual-Career-Angebote, die dafür sorgen, dass junge Paare in der Berufseinstiegsphase nicht jahrelang räumlich getrennt leben müssen, wären gute Signale in diese Richtung.

noch doppelt so viele. Deutschland hat Nachwuchssorgen: Im Jahre 2003 brachte eine Frau im Schnitt nur noch 1,34 Kinder zur Welt. Damit die Bevölkerung in Deutschland langfristig nicht ausstirbt, müsste jede Frau rein rechnerisch 2,1 Kinder bekommen. Inzwischen wird schon von Bevölkerungspolitik statt von Familienpolitik gesprochen, wenn es darum geht, diesen Trend zu bekämpfen.

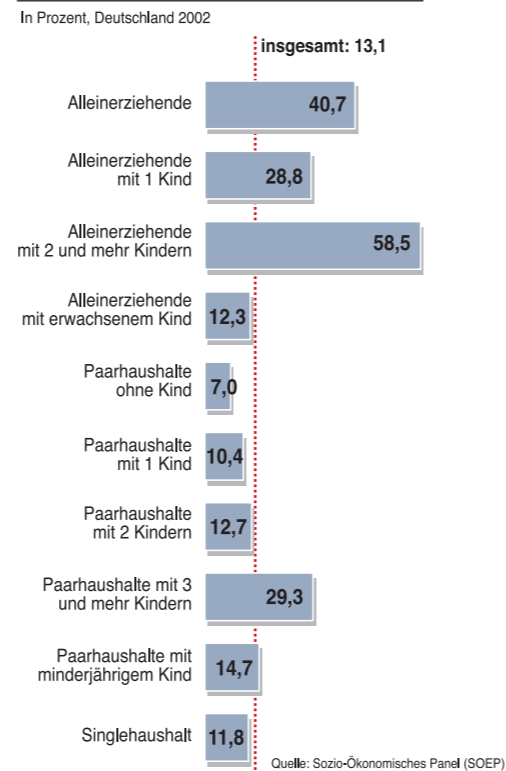
Die Gründe für den fehlenden Kinderwunsch bei jungen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren: 83 Prozent fehlt der geeignete Partner zum Kinderkriegen. Viele geben zudem an, dass sie fürchten, ihre Freizeit (42,1 Prozent) oder ihr Beruf (44,5 Prozent) würde unter Kindern leiden. Und 62 Prozent haben Angst, den aktuellen Lebensstandard nicht halten zu können. Steht also das neue Cabrio höher im Kurs als der gebrauchte Kombi?

„Kinder kriegen die Leute immer“, sagte einst Konrad Adenauer. Sicher rechnete er nicht mit einer Generation,

die lieber durch die Welt reist, statt Reihenhäuser zu kaufen, die Wellness dem Windelwechsellern vorzieht und die auf Karriere statt auf Nachwuchs setzt. Und der die modernen Methoden zur Empfängnisverhütung einfache Wege bieten, die eigene Lebensplanung entsprechend zu kontrollieren. Allerdings wehren sich Kinderlose zunehmend gegen eine Pauschalverurteilung nach dem Motto „Luxus statt Kinderlast“. Denn oft sind es keine egoistischen Gründe, die hinter einem Leben ohne Kinder stehen. Vielfach ist es die Angst vor echter materieller Armut. Das mit Kindern verbundene Armutsrisiko ist hoch. Die Armutsquote bei Kinderreichen liegt deutlich höher als bei Singles und kinderlosen Paaren. Nach einer Allensbach-Studie aus dem Jahre 2004 meinen 47 Prozent der Befragten, dass ein Kind eine zu große finanzielle Belastung darstelle.

Die jungen Leute sind auch nicht verantwortlich für den Wandel im System. Die Bevölkerung wird dank

### Armutsquote nach Haushaltstypen



des medizinischen Fortschritts immer älter. Das bedeutet aber auch, dass die Renten über einen längeren Zeitraum ausgezahlt werden müssen. Vor 50 Jahren kamen auf vier über 60-jährige Mitbürger 24 junge Menschen. Demographen befürchten heute angesichts der niedrigen Geburtenraten, dass in fünfzig Jahren auf vier Senioren nur noch sieben junge Menschen kommen. Das heißt, dass die größer werdende Renten- und Pflegelast auf immer weniger Schultern verteilt wird. Fazit: Es gibt derzeit zu wenig junge Menschen, die den Bestand der sozialen Sicherungssysteme gewährleisten können.

### Wahlfreiheit für Eltern

Auch aus ökonomischer Sicht sind Kinder ein zentraler Faktor. Familienpolitik ist harte Wirtschaftspolitik, denn niedrige Geburtenraten bedeuten schon heute niedrige Wachstumsraten und werden nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche



Erfolg mit staatlicher Sorge: Kinderbetreuung in Finnland.

Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ab 2005 dazu führen, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf 0,5 Prozent statt der möglichen 2,3 Prozent absinken wird.

Kinder als volkswirtschaftlicher Faktor – das ist im Nachbarland Frankreich ein ganz normaler Gedanke. „Jedes neue Kind ist nicht nur ein persönlicher Glücksfall, sondern auch ein



## Zukunftsaufgabe Familienpolitik


Maria Eichhorn, CDU/CSU

**F**ast 15 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer in Deutschland wünschen sich keine Kinder mehr. Ursache hierfür ist eine tiefe Verunsicherung sowie fehlendes Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kinder zu haben und zu erziehen, ist eine beglückende und bereichernde Erfahrung im Leben. Wir brauchen ein familienfreundliches Umfeld sowie eine Wertschätzung für die Leistungen von Müttern und Vätern im Alltag.

Im Vordergrund unserer Familienpolitik steht daher ein umfassender Ansatz, der die Wahlfreiheit für Eltern in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen Familien mit einem Steuerfreibetrag von 8.000 Euro pro Familienmitglied fördern. Familien, die nicht vom Freibetrag profitieren, sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Betreuung für Kinder aller Altersstufen ist ebenso wichtig wie die Stärkung der Elternkompetenz. Wir setzen uns ein für familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf. Die Entscheidung über den Zeitpunkt sollte bei den Eltern liegen.

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Rot/Grün betreibt eine Familienpolitik, die einseitig ausgerichtet ist. Zunächst wurde der alleinige Ausbau der Betreuungsinfrastruktur forciert. Mit dem angekündigten Elterngeld, das vor allem Besserverdienenden zugute kommt, wird die Schere zwischen Familienhaushalten mit geringem und hohem Einkommen in Deutschland weiter vergrößert.

Das erfolgreiche Funktionieren unseres Wirtschaftssystems, unseres Bildungssystems und unserer sozialen Sicherungssysteme ist maßgeblich auf die Leistungen von Familien angewiesen. Deutschland wird nur dann mehr Lebensqualität, Innovation, Wachstum und ein familienfreundliches Klima erreichen, wenn die Familienpolitik als Zukunftsaufgabe in allen Politikbereichen verankert wird.

 maria.eichhorn@bundestag.de  
www.mariaeichhorn.de



## Öffentliche Verantwortung


Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen

**A**uch wenn es nach wie vor strukturelle Defizite in verschiedenen Bereichen gibt und die Politik weiter die Rahmenbedingungen für Kinder und Familien verbessern muss: Die meisten jungen Menschen wünschen sich nach wie vor Kinder. Die ohnehin hohe Wertschätzung für Familie ist eher noch gestiegen. Statt „Familienfeindlichkeit“ sollte man eher von Kinderentwöhnung sprechen.

Viel zu lange wurden Kinder als reine Privatsache gesehen, um deren Werdegang sich der Staat hauptsächlich als Wächter und die Gesellschaft gar nicht zu kümmern hat. Das ist im tiefsten Kern richtig, die Entscheidung für Familie ist Privatsache. Zahlreiche Motive für oder gegen eine Familiengründung sind ganz individuell angelegt. Trotzdem ist diese Sichtweise stark verkürzt.

Politik und Gesellschaft haben eine öffentliche Verantwortung für das Aufwachen von Kindern. Verantwortung heißt hier, dass die gesellschaftlichen Gruppen und Akteure in ihrem Wirkungsbereich auf die Belange von Kindern und Familien zu achten haben. Sie sollten ihr Handeln auch auf diese Belange hin ausrichten, im eigenen Interesse und in dem der Familien.

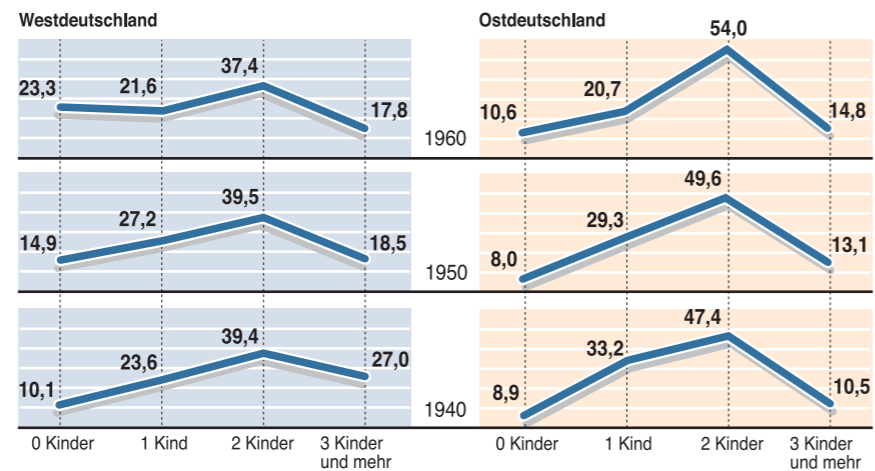
Die Formen familiären Lebens verändern sich, die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen auch. Beispielsweise wird bei der Entscheidung zwischen Beruf und Familie viel zu häufig die Realisierung des Kinderwunsches aufgeschoben oder gar verworfen. Um hier Abhilfe zu schaffen, müssen sich alle bewegen. Der Staat muss eine ausreichende Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen. Betriebe und Unternehmen müssen intelligente Konzepte für familienfreundliche Arbeitsverhältnisse schaffen. Kolleginnen und Kollegen müssen zur Schaffung einer entsprechenden Arbeitskultur beitragen.

 ekin.deligoez@bundestag.de  
www.ekin.de

wirtschaftlicher Gewinn und ein Wachstumsanstoß für das ganze Land“, sagt der französische Familienminister Christian Jakob. Frankreich gilt zusammen mit den Ländern Skandinaviens als das EU-Mitgliedsland, in dem sich der Staat am stärksten familienpolitisch engagiert – und Erfolg hat. Frankreich ist das Land in der EU, das die größte Vielfalt an Betreuungsmöglichkeiten und damit viele Wahlmöglichkeiten für Eltern fördert. Als Resultat davon ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern hoch. In Frankreich ist die Berufstätigkeit der Frauen eine Selbstverständlichkeit, ganz unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht. Mit dem großen Betreuungsangebot für Kinder und einer staatlichen Familienkasse wird Müttern die Möglichkeit gegeben, sich frei zu entscheiden. Zum einen, ob sie überhaupt berufstätig bleiben wollen und zum anderen, welche Form der Kinderbetreuung sie wählen.

**Kinderanzahl nach Jahrgängen**

In Prozent bei den Frauen der Jahrgänge 1940, 1950 und 1960



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Diese Wahlfreiheit ist in Deutschland nicht etabliert, obwohl sie von vielen Seiten immer wieder gefordert wird. Kostas Petropulos vom Heidelberger Büro für Familienfragen und Soziale Sicherheit erinnert an das „Kinderbetreuungsurteil“ des Bundesver-

fassungsgerichts vom 19. Januar 1999. Hierin erteilen die Verfassungsrichter dem Staat den Auftrag, für Eltern die Wahlfreiheit bei der Art der Kinderbetreuung zu schaffen – indem die nötigen Voraussetzungen dafür eingerichtet werden. „Zum einen heißt das:

Wenn Eltern sich dazu entschließen, ihre Kinder halb- oder ganztags fremdbetreuen zu lassen, dann muss unsere Gesellschaft dafür sorgen, dass die notwendige Infrastruktur bereitgestellt wird – also Kindergärten, Kindertagesstätten, verlässliche Halbtags- oder Ganztagschulen.“ Außerdem müsse bedacht werden, dass Erziehungszeit automatisch den Verzicht auf Erwerbseinkommen bei gleichzeitig deutlich erhöhten Kosten bedeute, also Wohlstandsverluste in der aktiven Lebensphase. „Dies schreckt zu Recht jeden ab, der an eigene oder weitere Kinder denkt“, meint Petropulos.

**Kinder brauchen Schutzräume**

Ob ein Babyboom aber den Standort Deutschland sogleich in ein florierendes Wirtschaftswunderland verwandelt, ist höchst fraglich. Eine Studie des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel (MEA) kommt zu dem Er-

gebnis, dass kurzfristig eine Steigerung der Geburtenrate sogar zu mehr Kosten anstatt zum Anwachsen des Bruttosozialprodukts führen würde. Erst nach 20 bis 25 Jahren könne sich ein positiver Effekt einer steigenden Geburtenrate bemerkbar machen – allerdings nur, wenn die dann geborenen Kinder auch besser ausgebildet würden. Denn nur so könnten sie als produktives „Humankapital“ Wirkung auf die Einkommen und die Arbeit pro Kopf zeigen.

Doch wer bekommt schon Kinder, weil es der Demographie oder dem Bruttosozialprodukt nützt? Kirchen und Verbände bemängeln die viel zu wirtschaftliche Sichtweise der Gesellschaft. „Kinder sind nicht nur ein ökonomischer Faktor“, sagt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann. „Die Gemeinschaft muss sich darauf einstellen, dass Kinder ihren Schutzraum brauchen, um sich entfalten zu können. Wer von der Notwendigkeit einer höheren

Geburtenrate spricht, muss sich auch dafür einsetzen, dass Kinder diesen geschützten Raum tatsächlich vorfinden und dass Eltern tatsächlich in der Lage sind, sich auf Kinder einzulassen und ihnen diesen Schutz zu bieten.“ Der Deutsche Frauenrat glaubt, der Kinderwunsch scheitere an einer fehlenden Infrastruktur. Daran müsse sich etwas ändern.

Den „perfekten Zeitpunkt“ für den Nachwuchs gibt es wohl nie – zu viele Bedingungen sollen dafür erfüllt sein: Die große Liebe als Partner, finanzielle Sorglosigkeit, eine große Wohnung, die Möglichkeit, Baby und Beruf unter einen Hut zu bringen, ein Kindergartenplatz gleich um die Ecke und potenzielle Großeltern, die auf ihren Einsatz warten. Doch die Familienpolitik kann weder Traumfrauen noch Göttergatten herbeizaubern. Sie kann aber dafür sorgen, dass der „perfekte Zeitpunkt“ für Kinder nicht in der Zukunft liegt, sondern immer schon begonnen hat.



**Zielgenaue Förderung**

Klaus Haupt, FDP

Deutschland ist nicht grundsätzlich familienfeindlich. Aber die Rahmenbedingungen erschweren die Entscheidung zum Kind. Solange Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsschwäche und Zukunftsängste groß sind, fehlt vielen der Mut zur Familiengründung.

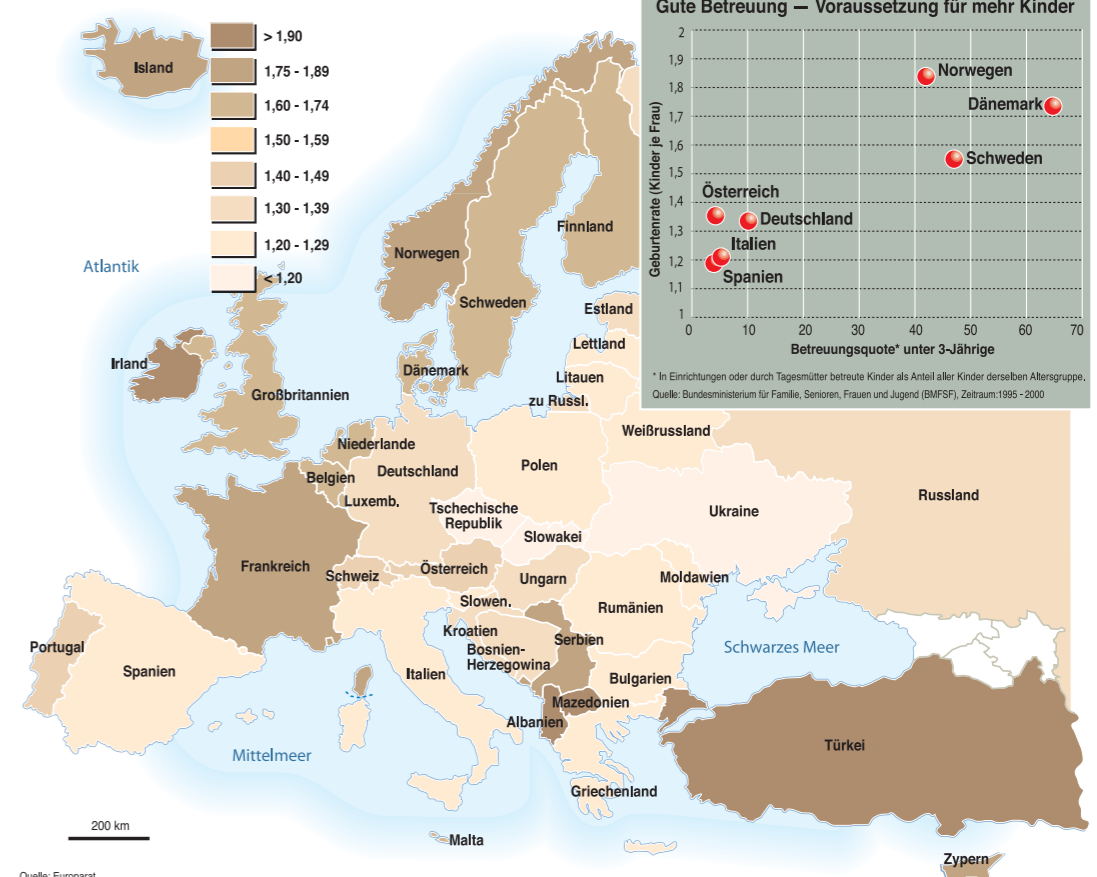
Der Blick auf das Ausland zeigt: Aus besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf folgen höhere Erwerbsquoten von Frauen und höhere Geburtenraten. Deshalb hat für die FDP schon lange der Ausbau der Kinderbetreuung eine hohe Priorität. Frühkindliche Bildung fördert zudem die Chancengerechtigkeit der Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft. Dazu brauchen wir flexible Kinderbetreuungsangebote einschließlich der Tagespflege, eine im Rahmen des Rechtsanspruchs kostenlose Kinderbetreuung, Modularisierung von Bildungsangeboten sowie bessere Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung.

Die FDP will eine zielgenaue finanzielle Förderung von Familien. Ein wichtiger Teil unseres Konzeptes ist, dass das so genannte Existenzminimum für alle – auch für Kinder – bis zu einer Höhe von 7.700 Euro steuerfrei ist. Damit der Vorteil für Spitzenverdiener nicht größer ist als durch Kindergeldzahlungen, wird dieses für jedes Kind auf 200 Euro erhöht. Zur Berücksichtigung der Erziehungsleistung soll eine kapitalgedeckte Kinderrente aufgebaut werden. Dazu werden die heute im Haushalt aufgewendeten Mittel von 11 Milliarden Euro zur Finanzierung in der Rentenversicherung umgewidmet und den Eltern zum Auf- und Ausbau der Kinderrente zur Verfügung gestellt.

Nicht nur die Vereinbarkeit von Kind und Karriere sondern auch der in wechselnden Lebensphasen gezeigten Leistungen müssen anerkannt werden. Zu mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland gehört deshalb neben den steuerlich-familiären Rahmenbedingungen auch ein gesellschaftlicher Einstellungswandel: Kinderfreundlichkeit beginnt in den Köpfen und im Alltag.

[klaus.haupt@bundestag.de](mailto:klaus.haupt@bundestag.de)  
[www.klaus-haupt.de](http://www.klaus-haupt.de)

**Durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau (2002)**





Weltweit müssen etwa 1,2 Milliarden Menschen täglich von weniger als einem Dollar leben. Die Vereinten Nationen wollen die weltweite Armut bis 2015 um die Hälfte reduzieren.



Im Herbst wird eine kritische Zwischenbilanz gezogen. Da steht auch Deutschland mit seiner Entwicklungspolitik auf dem Prüfstand. Haben wir den Mund zu voll genommen? Folgen den großen Worten nur kleine Taten? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit den entwicklungspolitischen Sprechern der SPD- und der FDP-Bundestagsfraktion, Karin Kortmann und Markus Löning.



## Streitgespräch: Entwicklungspolitik

# Große Worte – kleine Taten?

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

**Blickpunkt Bundestag:** Die Bundesregierung will bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Entwicklungspolitik ausgeben. Seit Jahren liegen wir aber weit unter dieser Zielmarke, nämlich bei 0,28 Prozent. Der Entwicklungshilfeeinsatz müsste also um mehr als das Dreifache steigen. Ist das angesichts der öffentlichen Finanzen illusorisch?

**Karin Kortmann:** Deutschland hat dem Stufenplan der EU zur Erreichung des 0,7-Prozentziels zugestimmt. Natürlich gibt es einen Haushaltsvorbehalt. Denn wir können ja nur das Geld ausgeben, das wir auch haben. Aber durch Umschichtungen können wir sicherlich noch einiges erreichen. Denn wir müssen uns immer fragen, ob es nicht angesichts der Milliarden Menschen, die Hunger leiden, notwendiger ist, für Prävention, Sicherheit und Wachstum in den Entwicklungsländern Geld auszugeben, als bei uns die nächste Schnellstraße zu bauen. Wenn wir das Ziel einer sozialen Globalisierung wollen, was ja zugleich mehr Sicherheit für die Welt bedeutet, darf die Entwicklungspolitik nicht Schlusslicht bei der Prioritätensetzung sein.

**Blickpunkt:** Herr Löning, vielleicht muss die Regierung ihr Versprechen ja gar nicht mehr einlösen. Falls es zu einer

schwarz-gelben Bundesregierung kommen sollte – welche Zielvorgaben würde die dann machen?

**Markus Löning:** Ich frage mich, ob das 0,7-Prozentziel zwingend nötig und sinnvoll ist. Vor allem darf es nicht über neue Verschuldung in Deutschland erreicht werden. Entwicklungsländer sind zumeist dann erfolgreich, wenn sie auf die eigene Kraft gesetzt haben. Natürlich bleibt Hilfe notwendig, aber wir sollten nicht so sehr auf das Geld setzen, sondern auf Unterstützung dieser eigenen Kräfte, zumal es ja auch in der Entwicklungspolitik eine Menge Geldverschwendung gibt. Bevor wir über eine Erhöhung reden, sollten wir uns deshalb auf die Mittel konzentrieren, die auch wirklich Effekte bringen.

**Blickpunkt:** Wenn überall die Kassen leer sind – ist da das Millenniumsziel der Vereinten Nationen auf Halbierung der weltweiten Armut nicht reichlich unrealistisch?

**Kortmann:** Es mag sein, dass nicht alle Länder die eigenen Zielmarken erreichen. Aber insgesamt werden wir durch den selbst gesetzten Anspruch doch große Fortschritte machen. Und die sind auch bitter nötig. Weniger für die Schwellenländer als etwa für viele Länder Afrikas, die von der Entwicklungshilfe existentiell abhängig sind. Hier ist

Armutsbekämpfung eben nicht aus eigener Kraft möglich. Natürlich muss parallel dazu in den Eliten dieser Länder ein Umdenken in Richtung eigener Verantwortung erfolgen.

**Blickpunkt:** Wird die Glaubwürdigkeit von Politik gefährdet, wenn man ehrenhafte, aber unrealistische Ziele aufstellt und dadurch möglicherweise falsche Hoffnungen weckt?

**Löning:** Wenn die Entwicklungsministerin nach Brüssel fährt und zusätzliche Ausgaben von 5 bis 6 Milliarden Euro verspricht, ist dies wirklich unrealistisch und nicht zu verantworten. Denn dieses Geld haben wir schlichtweg nicht. Und weil wir Geld nicht drucken können, wird sich jede Regierung, wie immer sie aussehen wird, an die Haushaltslage anpassen müssen. Frau Kortmann hat Recht: Wir müssen die Eliten viel stärker an ihre eigene Verantwortung für ihr eigenes Volk erinnern. Das ist der entscheidende Knackpunkt.

**Kortmann:** Dennoch: Entwicklungspolitik darf nicht zum Brosamen werden, sondern muss – auch aus eigenem nationalen Interesse heraus – im Mittelpunkt unseres Handelns bleiben. Daran hat sich die rot-grüne Regierung gehalten. Wenn wir die Entschuldung des Iraks hinzurechnen, liegen wir in der Entwicklungshilfe im nächsten Jahr bei 0,31 Prozent des BIP. Das kann sich wirklich sehen lassen. Im Gegen-

satz zu Ihrer Regierungszeit: Sie haben in den Jahren 1982 bis 1998 die ODA-Quote von 0,42 auf 0,27 Prozent abgesenkt.

**Blickpunkt:** Ist die Fixierung auf bestimmte Hilfsquoten, auf Zahlen, nicht ohnehin falsch? Wäre es nicht sinnvoller, die Industriestaaten würden ihre Märkte für die Produkte aus Entwicklungsländern stärker öffnen und die Subventionen für eigene Agrarprodukte streichen?

**Kortmann:** Richtig. Wenn der Welthandel für die Entwicklungsländer geöffnet würde, hätte dies eine enorme positive Wirkung, die uns auch finanziell entlasten würde. Deshalb ist es ja auch so wichtig, dass wir hier endlich spürbare Fortschritte verzeichnen. Hinzukommen muss aber eine auf europäischer Ebene abgestimmte Entwicklungspolitik. Mit Kleinstaaterei werden wir den Herausforderungen nicht gerecht. Jedes Land muss seine besonderen Kompetenzen in eine gemeinsame Strategie einbringen.

**Löning:** Leider muss man sagen, dass gerade bei der Öffnung der Märkte die Achse Schröder-Chirac völlig versagt hat. Die Franzosen sind die Hauptblockierer einer solchen Politik. Der Bundeskanzler konnte sich hier nicht durchsetzen. Jetzt der EU mehr Geld für Entwicklungspolitik zu



Im Gespräch: Karin Kortmann ...

geben, die Märkte aber weiter geschlossen zu halten, ist kontraproduktiv. Wenn wir etwa den Markt für Baumwolle öffnen würden, könnten viele Länder aus eigener Kraft ihre Entwicklung finanzieren. Das wäre viel besser, als ihnen sozusagen Sozialhilfe von Land zu Land zu geben.

**Blickpunkt:** Müsste man den Entwicklungsländern nicht auch stärker bei der Verarbeitung ihrer Rohstoffe helfen? Denn da passiert ja die eigentliche Wertschöpfung.

**Kortmann:** Ein absurdes Beispiel dafür ist der Coltan-Abbau im Kongo. Über Jahre sind die Vorkommen von fremden Mächten ausgebeutet worden. Sehr spät wurde die internationale Gemeinschaft darauf aufmerksam. Danach haben die verantwortlichen Unternehmen ihre Bezugsquellen verändert. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der Großteil des illegal abgebauten Coltans bereits in Laptops und Mobiltelefonen verarbeitet. Von einer legalen Vermarktung des Coltans hätte dagegen die gesamte kongolesische Bevölkerung profitiert.

**Löning:** Richtig ist, dass es nicht weiter angeht, dass unsere Zollbarrieren Rohstoffe relativ gering, verarbeitete Produkte aber hoch belasten. Hier ist vor allem die Europäische Union angesprochen. Damit die Wertschöpfung dort passieren kann, wo die Rohstoffe auch sind.

**Blickpunkt:** Immer wieder wird die Armutsbekämpfung durch korrupte Systeme und bewaffnete Konflikte erschwert. Wie kann da Entwicklungshilfe funktionieren? Welche Mindeststandards müssen in den Zielländern erfüllt sein?

**Kortmann:** Wichtige Prüfkriterien sind gute Regierungsführung, Achtung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit,

Transparenz und Korruptionsbekämpfung. Hier müssen wir immer wieder an die Verantwortung der Regierungen und Parlamente in den Entwicklungsländern appellieren. Von ihrem Willen zum Abbau von Armut und Aufbau von demokratischen Strukturen hängt es ab, ob Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich ist. Sie haben eine große Verantwortung dafür, ob und dass aus den Industrieländern an sie Entwicklungsgelder fließen. So bemühen wir uns in China erfolgreich unter anderem auch um einen gemeinsamen Rechtsstaatsdialog.

**Löning:** Auch wir sind für den Rechtsstaatsdialog. Aber wo zieht man die Grenze? Müsste man nicht bei Usbekistan sagen: Mit diesem Regime kann man nicht zusammenarbeiten, weil es sein eigenes Land ruiniert? Ich plädiere dafür, hier zwar weiterhin Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, nicht aber allgemeine Entwicklungshilfe zu geben, die doch letztlich nur die Regierung stützt.

**Kortmann:** Das tun wir ja auch nicht. Wir arbeiten nicht mit korrupten Regierungen zusammen und scheffeln

denen unser Geld in den Staatsäckel. Das ist eine üble Unterstellung.

**Löning:** Doch. Die Bundesregierung hat gerade Nicaragua entschuldigt. Nicaragua fällt aber in jene Kategorie, die Sie soeben genannt haben.

**Kortmann:** Aber Nicaragua ist eines der ärmsten Länder in Mittel- und Südamerika.

**Löning:** Aber es ist arm, weil sich die Eliten dort nicht verantwortungsvoll verhalten und weil sie korrupt sind.

**Kortmann:** Das ist richtig. Dennoch müssen wir Sorge tragen, dass den ärmsten Menschen der Welt auch geholfen wird.

**Löning:** Aber dadurch entlasten Sie das Regime vom Reformdruck!

**Kortmann:** Der Unterschied zwischen uns ist der: Sie setzen auf die freie Kraft der Märkte. Aber Sie unterschlagen, dass dies zu Lasten der Ärmsten der Welt geht.

**Blickpunkt:** Ende Juni bilanziert Europa seinen Armutsbekämpfungsbeitrag. Wo ist Deutschland da einzuordnen?

**Kortmann:** Wenn wir allein die ODA-Quote zugrunde legen, liegt Deutschland im unteren Drittel. Das ist verbesserungsfähig. Aber in Fragen der Kohärenz, des erweiterten Sicherheitsbegriffs, der europäischen Gemeinschaftsaufgaben und der Stärkung der multilateralen Aufgaben sind wir federführend.

**Löning:** Die Bundesregierung hat auf die falschen Kräfte gesetzt. Nämlich auf Geldtransfer und nicht auf die Kraft des Einzelnen. Dabei waren die Länder am erfolgreichsten, die auf die eigenen Menschen und die eigene Wirtschaftskraft gesetzt haben.

#### Reden Sie mit beim Thema „Entwicklungspolitik“:

Markus Löning (FDP): markus.loening@bundestag.de  
Karin Kortmann (SPD): karin.kortmann@bundestag.de  
Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Markus Löning.



# PANORAMA



## Begegnungen im Parlamentsviertel Die richtigen Lehren

In zeitlicher Nähe zum 60. Jahrestag der Niederlage Hitlerdeutschlands und der Übergabe des Holocaust-Denkmal an die Öffentlichkeit kommt es im Parlamentsviertel zu mancher Begegnung, die Hoffnung macht, dass die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes wird beispielsweise der Friedenspreis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) vergeben. Preisträger ist die Jerusalemer „Hand-in-Hand-Schule“, in der jüdische und arabische Kinder gemeinsam in beiden Sprachen unterrichtet werden.

Altbundespräsident **Johannes Rau** äußert den Wunsch, dass diese Schule Vorbild für das friedliche Zusammenleben nicht nur der Kinder sein werde. Der Präsident der DIG, der frühere Bundesminister **Manfred Lahnstein**, berichtet, die Bewerberliste für die Schule werde immer länger. Jedes Jahr steige die Zahl der Anmeldungen um rund 20 Prozent. Die 5.000 Euro Preisgeld sollen mit in den notwendigen Neubau gesteckt werden.

Unter den Gästen auch die Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag, **Hildegard Müller**. Sie schlägt den Bogen zwischen dem Nahostkonflikt und den vor 40 Jahren aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik. Deutschlands Bekenntnis zum israelischen Staat sollte nach ihren Worten auch Verpflichtung sein, neu erwachende Friedenshoffnungen im Nahen Osten aktiv zu unterstützen. „Die Partnerschaft mit Israel ist zudem Auftrag, dass alter und neuer Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.“

[www.deutsch-israelische-gesellschaft.de](http://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de)

Mit Lehren aus der Vergangenheit beschäftigt sich auch das Deutsche Polen-Institut, das in diesem Jahr 25 Jahre besteht. Im Paul-Löbe-Haus des Bundestages wurde dazu eine Ausstellung eröffnet, die nach den Worten von Parlamentspräsident **Wolfgang Thierse** gut in

diese Tage passt. Er stellt fest, dass es in Deutschland noch Nachholbedarf für polnische Geschichte, Kultur und Literatur gebe. Institutsdirektor **Dieter Bingen** und die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), **Gesine Schwan**, machen Hoffnung, dass sich das ändern wird. So ist jetzt das erste Polnisch-Lehrbuch für Schüler auf den Weg gebracht.

**Walter Hoffmann**, der aus dem Bundestag ausscheidet, weil er zum Oberbürgermeister von Darmstadt gewählt worden ist, wird den Vorsitz des Kuratoriums des Instituts übernehmen. Der Gewerkschafter erzählt, dass er 1980, zur Zeit der Streikbewegung der Danziger Werftarbeiter und der

Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc, viele Kontakte zu den polnischen Kollegen geknüpft hat.

[www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de)

Den Bogen zwischen NS-Zeit und Gegenwart schlägt auch das Land Sachsen-Anhalt. Auf einem Themenabend über den Architekten und Maler Bruno Taut stellt Architekt **Winfried Brenne** in der Berliner Vertretung des Landes die farbenfreudigen Bauten des Künstlers vor, der vor den Nationalsozialisten bereits 1932 floh, zunächst nach Moskau, später nach Istanbul. Brenne erzählt, wie am Bosporus Taut und der künftige Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter die Bauaufgaben im Nachkriegsberlin diskutierten.

[www.sachsen-anhalt.de](http://www.sachsen-anhalt.de)

Text: Klaus Lantermann



Bei der Verleihung des Friedenspreises.



FOTO: PICTURE-ALLIANCE

Magdeburger Fassaden nach Bruno Taut.

## Drei Fragen an Abgeordnete

### Frau Selg, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Einer meiner Lieblingsorte ist der „Schleusenkrug“. Ein wunderbarer Biergarten direkt am Landwehrkanal, in dem man vergessen kann, dass man in einer hektischen Drei-Millionen-Metropole ist. Angenehm finde ich auch das gemischte Publikum: Jung und Alt, Touristen und Berliner. Auf jeden Fall eine sehr entspannte und entspannende Atmosphäre. Zum kurzen Abschalten habe ich die Treppenstufen an der Spree entdeckt, direkt vor dem Paul-Löbe-Haus. Allerdings muss man sich darauf einstellen, von den Ausflugsdampfern wenig schmeichelhafte Kommentare zum politischen Geschäft mitzubekommen. Von

einzelnen Kapitänen könnte sich so mancher Kabarettist noch eine Scheibe abschneiden.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Klasse fand ich, wie Harald Schmidt die Beteiligten unseres Visa-Untersuchungsausschusses in einer Telenovela parodiert hat.

### Was soll als Nächstes von ihrem Schreibtisch?

Ich befürchte, dass durch die bevorstehenden Neuwahlen im Herbst vieles an parlamentarischen Vorhaben vorerst unerledigt bleibt. Da müssen jetzt



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

Petra Selg.

Gespräche geführt werden, was vor der Sommerpause noch machbar ist – beziehungsweise auch tatsächlich unabdingbar. Immerhin geht es ja wie bei dem Antidiskriminierungsgesetz teilweise um die zwingende Umsetzung von EU-Recht.

**Petra Selg (Bündnis 90/Die Grünen), Jahrgang 1961, ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung sowie parlamentarische Schriftführerin.**

petra.selg@bundestag.de  
www.petra-selg.de

## Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Supergau Deutsche Einheit“ von Uwe Müller.

Ein interessanter Buchtitel, den ich als Einladung zur Pfingstferienlektüre am vorpommerschen Ostseestrand empfand. Zur Einstimmung auf eine ganze Woche Ferien fuhr ich durch die neuen Bundesländer, besuchte Leipzig, das einfach eine schöne Stadt ist, und genoss die Fahrt über Land. Ich kam durch Städte wie Torgau und Herzberg und landete endlich in dem kleinen Dorf Schlenzer bei Jüterbog, wo ich im Dorfgasthof zur Kaffeerunde von meiner Verwandtschaft erwartet wurde.

Eine gute Ausbildung ist den Jungen wichtig, aber ob sie am Ort bleiben können?



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

Sibylle Laurischk.

Die Ostseebäder sind zauberhaft, der Griff zur Lektüre ernüchtert. Uwe Müller schreibt Sätze wie: „Das Fiasko offenbart sich in der Bevölkerungsentwicklung ... Die Vereinigung findet im

Westen statt ... Die Hinwendung zu extremistischen Parteien am rechten und linken Spektrum ist ein Warnzeichen dafür, was geschehen kann, wenn einem halben Land die glaubwürdige Perspektive verweigert wird ... wenn der Irrweg offensichtlich ist, kann das Festhalten am Kurs nicht länger entschuldigt werden.“ Es geht ihm darum, „verantwortungsloses Handeln im Osten und fatale Ignoranz im Westen gleichermaßen anzuprangern“. Das Stichwort „Neuwahlen“ beendete meine Ferien leider nach einem Tag und damit meine Muße zum Lesen. Die ungelöste Problematik der Deutschen Einheit sollte uns alle beschäftigen. Das Buch von Uwe Müller ist dabei eine Hilfe.

**Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Rowohlt, Berlin 2005, 255 Seiten.**

**Sibylle Laurischk, Jahrgang 1954, ist seit 2002 für die FDP im Bundestag. Sie ist ordentliches Mitglied des Rechtsausschusses und Expertin der Fraktion im Europa- und Familienrecht.**

## Planspiel im Bundestag Politiker für einen Tag



Erfolgsmomente im Plenum.

Natürlich sind die frischgebakenen Abgeordneten etwas aufgeregt, denn im Bundestag oder in einem anderen Parlament hat bisher keiner von ihnen gesessen. Damit sie trotzdem schnell mit dem „Politikmachen“ beginnen können, erhält jeder Neu-Parlamentarier zunächst ein Rollenprofil. Darin ist detailliert beschrieben, welchen Abgeordneten jeder Einzelne verkörpern soll und welche politische Auffassung dieser vertritt.

Zunächst schauen die Schüler der Klasse 10a der Regionalen Schule „Am Ploggensee“ aus Grevesmühlen etwas ratlos auf ihre Rollenbeschreibungen. Sie sollen beim Planspiel des Deutschen Bundestages für einige Stunden in die Rolle von Bundestagsabgeordneten schlüpfen. „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“ heißt die Veranstaltung für Schulklassen aus ganz Deutschland.

Nachdem jeder weiß, welchen Part er spielen soll, lockert sich die Stimmung. Die Wahl des eigenen Politikernamens steht an. Bald zieren so manche Prominentennamen die Namensschilder. Nun streiten sie als Abgeordnete der Fraktionen APD, KVP, ÖSP und LRP miteinander. Es geht um einen Gesetzesentwurf der APD-Fraktion zur Einführung eines Jugend- und sogar Kinderwahlrechts auf Bundesebene.

„Nach dem Planspiel realisieren die meisten Schüler, wie umfangreich und stressig die Arbeit der Abgeordneten ist und wie schwierig es ist, die eigenen Vorstellungen durchzusetzen“, erzählt die Planspielleiterin Stefanie Schmidt. Die freie Mitarbeiterin im Auftrag des Besucherdienstes des Bundestages legt bei der Betreuung der Schulklassen großen Wert darauf, dass die Jugendlichen die Arbeitsweise des Bundestages und die arbeitsteilige Struktur der Parlamentsarbeit nachvollziehen können. Die Wahl von Funktionsträgern wie Fraktions- und Ausschussvorsitzenden gehört eben-



Konzentrierte Debatte.



Bei der Abstimmung.

so dazu wie die Erarbeitung von Stellungnahmen in den Fraktionen.

Klassenleiterin Kathrin Werner erhofft sich daraus für ihre Schüler einen Anstoß: „Ich würde mir wünschen, dass sie sich mit Lust und Freude ein bisschen mehr für Politik interessieren, als sie es in dem Alter für gewöhnlich tun, und dass der eine oder die andere wirklich mit einem Aha-Effekt hier herausgeht.“

Schon nach kurzer Zeit geht es zu wie in der richtigen Politik: Sowohl in den „Ausschüssen“ als auch in der „zweiten Lesung“ des Gesetzesentwurfs im „Plenum“ versuchen die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen APD und ÖSP, die Oppositionspolitiker der KVP und der LRP von ihren Vorstellungen zu überzeugen und für den Gesetzesentwurf zu gewinnen. Allerdings mangelt es ihnen ein wenig am Feingefühl. Nach einigen Verbalattacken während der Ausschusssitzung blockt der LRP-Fraktionsvorsitzende Dr. Dr. Timm – die meisten nennen ihn aber Paul – ab. Sein Kompromissangebot, Wahlrecht ab 17 Jahren, wurde zurückgewiesen.

Danach steht für Timm fest, dass seine Fraktion den Gesetzesentwurf ablehnen wird. Lediglich eine Abweichlerin ist in den eigenen Reihen: „Die war eigentlich schon die ganze Zeit für den Entwurf“, erklärt er und weiß, dass diese Stimme nicht ausschlaggebend für die notwendige Zweidrittelmehrheit ist. Was er nicht weiß: Mittlerweile sind auch mehrere Abgeordnete der KVP „umgekippt“ und haben ihre Zustimmung für das Gesetzesvorhaben signalisiert.

Das Plenum stimmt ab – und die Überraschung ist perfekt: Der Gesetzesentwurf der APD-Fraktion scheitert mit zwölf zu acht Stimmen. Die Zweidrittelmehrheit ist verfehlt, weil zwei Abweichler zurück auf Parteilinie geschwenkt sind. „Irgendwer muss die wieder umgestimmt haben“, ärgert sich einer der Gesetzesbefürworter – fast so, als wäre er in der richtigen Politik.

Text: Marcus Meyer  
Fotos: Anke Jakob





## Experten Braucht man für Geschmack ein Gesetz, Herr Manzewski?



Nein, über Geschmack kann man ja bekanntlich nicht streiten. Aber wir haben im Bundestag ein Geschmacksmusterreformgesetz beschlossen. Und da ich in meiner Fraktion für Wirtschaftsrecht zuständig bin, war es meine Aufgabe, mich um das Thema zu kümmern. Zum Wirtschaftsrecht gehört auch der Schutz des geistigen Eigentums, also zum Beispiel das Patent-, Urheber-, Marken- oder eben das Geschmacksmusterrecht.

Bei dieser Reform nun ging es vor allem um die Umsetzung einer Richtlinie der EU. Die Regelungen des Geschmacksmusterrechts betreffen viele Menschen in den verschiedensten Gewerken. Letztlich geht es um Designschutz, denn das Design eines Gegenstandes, eines Produktes, ist geistiges Eigentum.

Mit Design kann das Aussehen einer Kaffeekanne gemeint sein, eines Computers oder eines Kleiderstoffes, aber auch das eines Autos. Geklärt werden musste die Frage, ob und inwieweit zum Beispiel Ersatzteile – wenn wir bei den Autos bleiben – dem Geschmacksmusterschutz unterliegen, wie es bislang in Deutschland die Regel war.

Das reformierte Gesetz sagt: Ja, auch diese Teile unterliegen dem Schutz, denn sie gehören zur äußeren Formgebung. Ein fabrikneuer Kotflügel ist genauso sichtbar wie ein Ersatzkotflügel. Andere wollten hier eine so genannte „Reparaturklausel“ einführen, bei der dann Ersatzteile nicht mehr dem Designschutz unterlägen. Das wäre zum Beispiel für die deutsche Autoindustrie fatal. Ersatzteile könnten dann von

jedem hergestellt werden. Über kurz oder lang würden die stark nachgefragten Ersatzteile nicht mehr hier, vermutlich noch nicht einmal mehr in Europa, produziert werden. Die hiesigen Unternehmen könnten dann nur noch die wenig nachgefragten Teile absetzen. Das reformierte Gesetz entspricht jetzt den europäischen Anforderungen und schützt zugleich Innovation und Know-how, letztlich also Arbeitsplätze in Deutschland.

**Dirk Manzewski, Jahrgang 1960, ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Der gelernte Richter ist Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages.**

Aufgezeichnet von Kathrin Gerlof  
Foto: studio kohlmeier

## I M P R E S S U M

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:** Stefan Thomas  
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:** Horst Willi Schors, Klemens Vogel  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-220,  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Hans-Dieter Großjohann,  
Daniel Kirschner

**Online-Produktion:** Jan Scharein

**Produktion:** Thomas Ahlrichs, Lara Bentsen

**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb:**

Reni Pischke  
Fax: (030) 65 000-190  
E-Mail: r.pischke@media-consulta.com

**Druck:** Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,  
Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:** 2. Juni 2005

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag  
gibt es auch im Internet:  
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

Deutscher Bundestag: S. 24 (oben), 26 (oben), 32, 37 (unten), 38 (unten), 39 (unten), 40 (unten), 45 (oben), 46;  
Anke Jakob: S. 47; Karl-Heinz Döring (Grafiken): S. 27 (oben), 38 (oben), 40 (oben), 41; Siegfried Bükler: S. 17, 28;  
Picture-Alliance: S. 2 (rechts), 3 (oben), 16, 26 (unten), 27 (unten), 33, 34, 35, 36, 37 (oben), 39 (oben), 45 (unten);  
studio kohlmeier: Titel, S. 2 (links, Mitte), 4–15, 18–23, 24 (unten), 25, 48; Photothek: S. 42–44; Henri Ménudier: S. 3 (unten)

**Anschrift für die Post unserer Leser:**

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

## Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Blickpunkt-Abo  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per  Rechnung  Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift

